

Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg., auswärtige Anzeigen 35 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 218.

Montag, den 17. September 1917.

24. Jahrg.

Die ruhige Kriegslage der letzten Tage.

Von Richard Gädte.

Nachdem der Durchbruch der deutschen Divisionen an der Düna östlich Riga geglückt war, entzogen sich die Russen durch hastigen Rückzug dem Verderben, das den rechten Flügel ihrer 12. Armee bedrohte. Sie ließen hierbei 316 Geschütze und zahlreiches Kriegsmaterial in unseren Händen, retteten aber den Großteil ihrer lebendigen Streitkräfte und verloren verhältnismäßig wenig Gefangene. Die großen Schlachten des Stellungkrieges bringen dem Angreifer durchschnittlich eine reiche Beute an Mannschaften, ich brauche nur die 30 000 Gefangenen zu erwähnen, die Cadorna als Ergebnis der 11. Jönköpingschlacht anzeigt, und die 18 000, die unsere Bundesgenossen in diesen Kämpfen eingebracht haben, weil auch sie wiederholt zu starken und glücklichen Gegenstößen schritten. Im Rückzuge entfalteten die Russen regelmäßig eine der großen Eigenschaften ihrer Heere und ihres nationalen Geistes. Mitten in dem anstehenden Wirrwarr schickte sie nur in geringem Maße ihre Abwehrkräfte und gewinnen sie jedenfalls nach wenigen Tagen der Ruhe von neuem. Ihr Mangel an Manneszucht wird durch den Zusammenstoß der Waffe gerade in solchen schwierigen Lagen nicht ausgeglichen; eine Auflösung russischer Heere im Rückzuge ist meines Wissens noch nicht gesehen worden. So war es auch in dem mandchurischen Feldzuge und daran brach sich schließlich die Angriffskraft des japanischen Heeres, das nach dem Schlage von Mukden bis zum Ende des Krieges keinen weiteren Gewinn mehr erzwingen konnte. Hätte damals die russische Führung auf der Höhe ihrer Aufgabe gestanden, und hätte nicht die verdorrte Kriegsmüdigkeit des russischen Volkes und Heeres der Fortsetzung des Feldzuges entgegengestanden, so konnte der Krieg trotz Mukden von dem Zarreich noch gewonnen werden.

Nach wenigen Tagen haben die russischen Truppen sich nördlich und nordöstlich Riga zu neuem Widerstande gesetzt. Die Gruppe ihres rechten Flügels ging längs der Küste in nördlicher Richtung zurück; sie gab allerdings den Abschnitt der schwedischen Meerenge auf, besetzte aber eine durch Sümpfe gedeckte Stellung etwa in der Linie des Mühlhens Koluppe und steht 35 Kilometer nördlich Riga. Nach Osten hin gewann sie nach beiden Seiten der oberen Na und südwestlich wieder den Anstoß an die östlich gewandene Truppe, die etwa in der 70 Kilometer von Riga entfernten Linie Kempenhof—Nittau—Neuhedenhof—Rosenbusen (an der Düna, östlich Friedrichstadt) seit dem 7. September eifrig kämpft. An dieser von der See bis zur Düna 120 Kilometer langen, bogenförmigen Front finden zurzeit täglich Gefechte zwischen deutschen und russischen Sicherungsabteilungen statt. Der Erfolg des verloren gegangenen Krieges mag mit japanischer und englischer Hilfe in einiger Zeit möglich sein, Verbesserungen werden mit Hilfe des Eisenbahneetzes dort eingeleitet werden. Sie könnten z. B. von der südwestlichen Front kommen, wo die Anwesenheit starker Massen östlich Czernowit gemeldet war.

Bei der Kriegführung im Osten darf man nie die gewaltige Ausdehnung der Räume vergessen, um die es sich handelt, und die Zahl der Massen, die dem großen Reich nach allen Niederlagen noch zur Verfügung stehen.

Die weiteren Absichten und Ziele der deutschen Heeresleitung hüllen sich für uns natürlich in das Dunkel des Geheimnisses; ich darf aber daran erinnern, daß gegenwärtig die politischen Auswirkungen der Schlacht bei Riga leicht größer werden könnten als die rein militärischen Folgen. Der Zwist zwischen Kerenski und Kornilow, der schon in Moskau zutage trat, ist nach Riga offen ausgebrochen. Dem besiegten Oberbefehlshaber gegenüber wagte Kerenski, was er in Moskau nicht gewagt hatte; er setzte ihn ab. Wir werden nun mit größter Spannung verfolgen müssen, wie sich die Dinge in Rußland weiter gestalten werden. Die augenblickliche Lage enthält augenscheinlich Keime, deren weitere Entwicklung wir nicht als unvortheilhaft zu betrachten brauchen.

Während wir im Osten ein Durcheinandermogen der verschiedensten politischen Richtungen und vielleicht den offenen Kampf zwischen den kriegerischen und den friedensgeneigten Stimmungen in Heer und Volk erleben, ist in Italien zunächst nur das militärische Ergebnis der letzten Jönköpingschlacht für uns von Belang. Ob der taktische Misserfolg Cadornas auch dort politische Folgen nach sich ziehen wird, muß abgewartet werden. Der Kriegswille der Kreise, die das Heft noch in Händen haben, ist jedenfalls durch den blutigen und ergebnislosen Ausgang der Schlacht nicht gebrochen worden. Die Zahl der Gefangenen, mit der Cadorna prunkt und sein Raumgewinn nördlich Görz hat in der Darstellung seiner Kriegsberichte den Anschein eines Erfolges vorzutäuschen gewußt. Tatsächlich sind seine verzweifelten Massenkämpfe gegen den Monte Gabriele, der die Verbindung des österreichisch-ungarischen Nordflügels mit der Mitte sichert, vom 4. bis zum 7. September nach erbittertem, lange hin- und hergehenden Kampfe gescheitert. Auf dem Südrast, zwischen Brissoneva, Jamierina, Kolo, hat er mit massiven Gegenstößen unserer Bundesgenossen

logar Raum verloren. Ihre Front hat sich nach 20tägigem Infanteriekampfe als undurchbrechbar erwiesen; von Triest ist der Italiener nach dem Stoßen seiner Angriffe ebensoweit entfernt wie vor ihrem Beginn. Seit dem 8. September hat er bis einschließlich des 11. September nur noch sein Geschütz sprechen lassen. Immerhin wird, soweit wir urteilen dürfen, eine Erneuerung der Schlacht nicht völlig ausgeschlossen sein. Geschütze und Geschosse scheinen dem italienischen Feldherrn noch genügend zur Verfügung zu stehen; es fragt sich nur, wie es um den Ersatz des Verlustes steht, der mit 180 000 Mann nicht zu hoch beziffert sein mag, und um die weitere Angriffskraft seiner rücksichtslos vorgehenden Truppen.

Auch auf dem westlichen Kriegsschauplatz haben in der letzten Woche zwar starke Kämpfe stattgefunden, sie haben aber bei weitem nicht mehr die Ausdehnung und auch nicht die Wucht des feindlichen Angriffes gezeigt wie im Frühjahr. Von der Erneuerung des allgemeinen englisch-französischen Massenkampfes kann schon seit Monaten nicht mehr die Rede sein; in Flandern wie vor Verdun handelt es sich nur um starke Teilangriffe, die zwar mit großer Tiefe und Dichte nach gewaltigem Vorbereitungsfeuer angelegt wurden, aber mehr als örtliche Entscheidungen niemals bringen konnten. Sie haben unsere Heeresleitung auch nicht gehindert, ihrerseits in Ostgalizien, in der Moldau, an der Düna zu kräftigen Unternehmungen zu schreiten, die das russische Heer schwer geschädigt, seine Wiederherstellung verzögert, die Absichten seiner Führung durchkreuzt, uns aber beträchtlichen Landgewinn gebracht haben.

In Flandern griffen die Engländer am 6. September in 4 Kilometer Ausdehnung in ihrer bevorzugten Gegend um Ypern erfolglos an, am 8. versuchten sie nochmals

nächtliche Vorstöße nordöstlich des Dorjes St. Julien, seitdem hat im wesentlichen Ruhe geherrscht. Vor Verdun hat General Petain seine Truppen nach längerer Pause am 7. September auf dem Ostufer der Maas in etwa 5 Kilometer Breite antreten lassen. Die erbitterten Kämpfe, die daraus entstanden, zogen sich bis zum 10. September hin und brachten den Franzosen einen geringen Raumgewinn im Chaumewalde und auf dem östlich davon verlaufenden Höhenzuge (Gegend nördlich Bezonvaux), aber nicht ihr Ziel, das Dorf Ornes. Der dürftige Stellungsvorteil gleicht die großen Opfer, die der Gegner hier bringen mußte, nicht aus. Die Schlacht um Verdun, die am 20. August begann, ist bereits jetzt wieder in das Fahrwasser des Stellungkrieges eingemündet. Einige Aufmerksamkeit verdienen die Ereignisse in Mazedonien. In den letzten August- und den ersten Septembertagen versuchte General Sarrail nach seiner verunglückten Maioffensive zum ersten Male wieder, die Stellung des deutsch-bulgarischen Heeres an den verschiedensten Frontteilen nacheinander durch die verschiedensten völkischen Bestandteile seines bunt zusammengewürfelten Heeres bereinigen zu lassen. Er scheiterte überall. Nun scheint er seinen linken Flügel durch französische und einige russische Truppen verlängert zu haben, um aus der Gegend von Korica westlich der großen albanisch-mazedonischen Seen den rechten Flügel des Verteidigers zu umfassen. Am 8. und 9. September kam es dort zu Gefechten der Vortruppen, aus denen unsere Sicherungen auf die Höhen südwestlich des Stridafes zurückgingen. Es ist also nicht unmöglich, daß General Sarrail zu einer neuen Offensiv ansetzen will. Auch in Albanien, an der Bojsa, ist es in den letzten Tagen etwas lebhafter geworden.

Die Republik Rußland.

Das erfolglose Vorgehen Kornilows hat die provisorische Regierung zu einem Schritte veranlaßt, der im Interesse des Landes als dringend erforderlich bezeichnet werden muß. Die Republik Rußland ist proklamiert und ein fünfgliedriges Ministerium mit Kerenski an der Spitze mit der Leitung beauftragt worden. Es wäre zweifellos demokratischer gewesen, wenn die Proklamierung der Republik auf Grund des Beschlusses einer Nationalversammlung erfolgt wäre und wenn diese auch die Leitung der Republik bestimmt hätte. Aber die inneren Wirren und gewisse Kräfte verhinderten angeblich die Einberufung der Nationalversammlung. Man muß nun abwarten, ob die neue Regierung der innerpolitischen Verhältnisse Rußlands dem Lande die innere Ruhe wiedergibt. Wir bezweifeln das bei der Haltung Kerenskis zum Frieden und sind nach wie vor der Meinung, daß nur ein baldiges Kriegsende Rußland die innere Ruhe und Freiheit bringen kann.

Die Proklamierung der Republik erfolgt in folgender amtlicher Rundgebung der provisorischen Regierung:

„Die Revolution des Generals Kornilow ist unterdrückt, aber die Verwirrung, die sie in die Reihen der Armee und des Landes getragen hat, ist groß. Von neuem bedroht eine tödliche Gefahr das Vaterland und seine Freiheit. In der Erwägung, daß es notwendig ist, die politische Regierungsform des Landes festzusetzen, und in Erwägung der einmütigen und begehrtesten Sympathie für den republikanischen Gedanken, die so klar auf der Moskauer Staatskonferenz zum Ausdruck kam, erklärt die vorläufige Regierung, daß die politische Regierungsform Rußlands die Republik ist und proklamiert Rußland als republikanischen Staat. Die dringend notwendigen einschneidenden Maßnahmen ohne Verzug zu ergreifen, um die erschlaffte Staatsregierung wiederherzustellen, bewog die vorläufige Regierung ihre gesamte Macht fünf Ministern mit dem Präsidenten des Ministerrats an der Spitze zu übertragen. Die vorläufige Regierung setzt sich als Aufgabe die Wiederherstellung der Ordnung im Staate und die Erneuerung der Kampffähigkeit der Armee. In der Überzeugung, daß nur die Zusammenfassung aller lebendigen Kräfte des Landes das Vaterland aus der peinlichen Lage zu ziehen vermag, in der es sich befindet, wird die Regierung befehligt sein, sich zu vervollständigen, indem sie in ihre Reihen Vertreter aller der Elemente zieht, die die ewigen und allgemeinen Interessen des Volkes über die zeitweiligen, privaten, Partei- und Standesinteressen setzt. Die vorläufige Regierung ist sich dessen gewiß, daß es ihr in aller nächster Zeit gelingen wird, diese ihre Aufgabe vollkommen durchzuführen.“

Weiter meldet Reuters, daß nach langen Verhandlungen das Kabinettsamt aus folgenden fünf Ministern gebildet sei: Ministerpräsident Kerenski, Kriegsminister General Werchowski, Marineminister Admiral Radarewski, Minister des Innern Tereschenko und Minister für Post und Telegraphie Millin.

Ob diese fünf Mann auch die Leitung der Republik repräsentieren, wird nicht mitgeteilt. Es ist jedoch sehr wahrscheinlich. Ein Sozialist befindet sich unter ihnen nicht.

Mit Spannung mußte man der Haltung des Arbeiter- und Soldatenrats in dieser Angelegenheit entgegensehen. Unsere Leser können sich hierüber aus den beiden nachstehenden Berichten der Petersburger Telegraphenagentur orientieren:

Auf der in der letzten Nacht in Petersburg zusammengetretenen Versammlung des Arbeiter- und Soldatenrates wurde mit 279 gegen 115 Stimmen eine Entschließung angenommen, in der es heißt:

Der Arbeiter- und Soldatenrat hält es für seine Pflicht, zu erklären, daß in Zukunft nicht nur jede Macht der Bourgeoisie und Kadetten, deren Teilnahme an der Verschwörung Kornilows außer Frage steht, beseitigt werden muß, sondern, daß auch jede Politik der unverantwortlichen Koalition endgültig aufzugeben ist, um zu verhindern, daß der militärische Oberbefehl und die Regierungsgewalt zum Hebel der gegenrevolutionären Verschwörung gemacht wird. Der Arbeiter- und Soldatenrat ist der Ansicht, daß der alleinige Ausweg aus der gegenwärtigen Lage die Schaffung einer Gewalt sein würde, die aus Vertretern des revolutionären Proletariats und der Bauernschaft zusammengesetzt ist, deren Tätigkeit auf folgenden Grundsätzen beruhen müsse:

1. die Verkündung der demokratischen Republik; 2. die sofortige Uebergabe aller Ländereien ohne Rückkaufsrecht, die den Grundeigentümern gehören, an die Bauernauschüsse bis zum Zusammentritt einer verfassunggebenden Versammlung; 3. die Einführung einer Arbeiterkontrolle über die industrielle Produktion und die Verteilung der Erzeugnisse, die Verstaatlichung aller wichtigen Industriezweige, wie der Naphthaerzeugung, der metallurgischen Produktion und der Kohlenförderung, durchgreifende Besteuerung großer Kapitalien und Vermögen und die Einziehung der Kriegsgewinne, um das Land aus der wirtschaftlichen Desorganisation zu befreien; 4. die Erklärung aller Geheimverträge für null und nichtig und ein sofortiger Vorschlag eines allgemeinen demokratischen Friedens an alle kriegführenden Länder; 5. gleichzeitig sollen sofort folgende Maßnahmen angeordnet werden:

1. die Aufhebung aller Unterdrückungen gegen die Arbeiterklassen und die Abschaffung der Todesstrafe an der Front, die Wiederherstellung der absoluten Freiheit der politischen Propaganda und zwar für alle demokratischen und militärischen Organisationen, und die Entfernung aller gegenrevolutionären Elemente vom Armeekommando;
2. das Recht der örtlichen Verbände, Kommissare zu wählen;
3. die Verkündung des Rechts der Nationen, über ihr politisches Leben zu bestimmen, u. a. die volle Befriedigung aller Forderungen Finnlands und der Ukraine;
4. die Auflösung der Duma und des Reichsrats sowie die sofortige Zusammenberufung einer verfassunggebenden Versammlung;
5. die Abschaffung der Vorrechte der sozialen Klassen und die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz.

Dieser ersten Maßnahme folgt die zweite auf dem Fuße. Sie besteht:

Die maximalistische Entschließung, die der Arbeiter- und Soldatenrat gestern mit 279 Stimmen gegen 115 Stimmen annahm,

erhielt die Mehrheit nur infolge der Abwesenheit des größten Teiles der Soldatenabgeordneten an der Sitzung. Daher hat auch der in einer neuer, diesmal vollständigeren Sitzung vereinigte Arbeiter- und Soldatenrat mit überwältigender Stimmenmehrheit abgelehnt und die minimalistische Entschließung angenommen, die folgendermaßen lautet:

Die tragische Situation des Landes macht es notwendig, daß die Verfassung und die revolutionäre Gewalt stark und frei von jedem Kompromiß mit den gegenrevolutionären bürgerlichen Elementen sei. Deshalb beschließt der Arbeiter- und Soldatenrat: erstens, sobald als möglich eine allgemeine Versammlung der Vertreter der gesamten organisierten Demokratie einzuberufen zur Lösung der Frage der Bildung einer Regierung, die fähig ist, das Land zu leiten. Bis zur Einberufung der erwähnten Versammlung bleibt die gegenwärtige Regierung an der Macht, indem sie in engem Verein mit der revolutionären Demokratie arbeitet, die aufgefordert wird, der Regierung ihren tatkräftigsten Beistand zu leisten. Zweitens ist es notwendig, daß die Regierung, indem sie Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung ergreift, in engen Einvernehmen mit dem revolutionären Sicherheitsausschuß vorgeht. Drittens werden die demokratischen Bevölkerungsklassen aufgefordert, geduldig die Entscheidungen der erwähnten demokratischen Versammlung abzuwarten und sich jeder willkürlichen und ungesetzlichen Handlung zu enthalten.

Am Ende der Sitzung gab der Vorsitzende Tschaidse bekannt, daß die erwähnte demokratische Konferenz in Petersburg spätestens am 15. September abgehalten wird.

Hierauf müßte also diese Konferenz bereits am Sonntagabend getagt haben. Näheres über sie ist jedoch nicht bekannt.

Die beiden vorstehenden Meldungen zeigen so recht die klaffende Gegenläufigkeit im Arbeiter- und Soldaten-Rat. Es dürfte auch der neuen republikanischen Leitung schwer fallen, dieser Gegenläufigkeit Herr zu werden, da zweifellos die Sozialisten immer mehr Anhänger um ihre Fahne scharen werden.

Schließlich verzeichnen wir noch folgende Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur:

Als Folge der Beratungen zwischen der Regierung und den politischen Parteien, die den ganzen Abend und bis spät in die Nacht andauerten, ergab sich die Entscheidung, die bis dahin sehr kritischen politischen Lage. Die schon festgestellte Ministerliste wird morgen veröffentlicht. Die Entspannung wird noch jähbarer, da die Regierung gleichzeitig die Mitteilung von der Verhaftung Kornilows und seiner hauptsächlichsten Mitkandidaten erhielt. Der Oberbefehlshaber Kerenski erließ einen Tagesbefehl an Heer und Flotte, in dem er hinweist, daß der Aufruhr Kornilows das normale Leben an der Front desorganisiert und u. a. bestimmt: 1. Jeder politische Kampf in der Armee soll aufhören, und durch alle Mittel soll die Wiederherstellung ihrer Kampffähigkeit erstrbt werden. 2. Truppentransporte sollen nach Befehl des Oberkommandos wieder aufgenommen werden. 3. Die Verfassungen der Führer sollen unterbleiben, wozu nur das Gericht und die Staatsanwaltschaft das Recht hatten. 4. Die Kommandanten dürfen nicht abgesetzt werden. Der Tagesbefehl schließt mit dem Ausdruck der Zuversicht, daß die Armee, die in den Tagen der Unruhen Treue und volles Vertrauen zur vorläufigen Regierung bewahrt, dessen eingedenk sein werde, daß das Vaterland nur durch Wiederherstellung der Disziplin in der Armee und durch die enge Vereinigung aller ihrer Glieder gerettet werden könne.

Die politische Abteilung des Kriegsministeriums veröffentlicht eine Verordnung, betreffend die militärischen Kommissare und die Desorganisations in der Armee. Danach sind die militärischen Kommissare Organe der vorläufigen Regierung und ihre Aufgabe ist die Befestigung der Justiz in der Armee auf demokratischer und revolutionärer Grundlage. Es wird ein oberster Kommissar für alle Armeen mit dem Sitz im Hauptquartier und besondere Kommissare für die verschiedenen Einheiten eingesetzt. Was die militärischen Organisationen betrifft, die das ganze politische Leben ihrer militärischen Einheiten leiten werden, so wird auf sie der Grundsatz des allgemeinen Wahlrechts Anwendung finden.

Die übrigen vorliegenden Meldungen sind durch die vorstehend geschilderten Ereignisse zum großen Teil überholt. Aus ihnen geht hervor, daß es anscheinend zu einem Gefecht zwischen den Truppen der beiden rivalen nicht gekommen ist, da die russischen Soldaten so vernünftig waren und sich nicht gegenseitig beschossen. Das war das Ende Kornilows. Der Befehlshaber seiner Truppen, General Krinoff, forderte selbst die Soldaten auf, die Waffen zu strecken. Dann beging er, nachdem er noch von Kerenski empfangen war, Selbstmord. Nach weiteren unkontrollierbaren Nachrichten soll eine Verschwörung gegen Kerenski, die von Offizieren angeführt war, rechtzeitig entdeckt worden sein. Der Kojakengeneral Kalodina soll ebenfalls festgenommen worden sein.

Die letzte Nummer des in Stockholm erscheinenden Bolschewiki-Blattes berichtet: Auf der Moskauer Staatskonferenz legte Kornilow in seiner Rede ein ausgeprägtes reaktionäres Programm vor, in welchem er die Auflösung der Militär-Komitees, die Erneuerung der Todesstrafe und die Auflösung der Sowjets forderte. Tschaidse legte ein anderes Minimal-Programm vor, in welchem bezeichnenderweise kein Wort vom Kampf für den Frieden vorkam. Man glaubte, daß Kerenski einen Mittelweg suchen würde. Tatsächlich wurden aber drakonische Maßregeln getroffen. So wurde beispielsweise das dritte Petrograder Bolschewiki-Blatt unterdrückt. Dann kam der Fall von Riga, an welchem Verlust nicht die Revolutionäre schuld sind, wie die Reaktionen glauben machen wollen; vielmehr liegen die Gründe Frontisten hinweisen. Dann kam der Diktatorverstoß Kornilows. Dieser ist der Mann der Arbeit, der Mann der Gegenrevolution, wenngleich nicht der zartesten. Er konnte auf den Anschlag bedauerlicher Armeeteile rechnen, besonders auf die fremdflämmigen, weiter auf die Kosakenbataillone sowie auf die Regimenter der Bauerngebenden. Er rechnete wohl auch auf die Unfähigkeit Kerenskis bei den Linientruppen. Jedenfalls wurden viele mit verhaftet, viele mitverhaftete Generale, ebenso das Hauptquartier durch die Armeeführer. Schon vor fünf Tagen begannen die Arbeiter- und Soldatenräte die Beratung der Übernahme der Staatsmacht durch die Sowjets. Von einer vollkommenen sozialistischen Regierung ist keine Rede. Die Linientruppen werden nicht gegen Kerenski vorgehen, wollen aber auch nicht die Verantwortung der Regierung übernehmen. Sie bleiben in der Opposition.

Die Friedensbewegung.

Des holländische „Kicame Bureau“ meldet: Der Korrespondent der „United Press“ in Rom berichtet, daß die „Kicame Antologia“ einen Artikel des Grafen Torre, des Präsidenten des italienischen Volksbundes, veröffentlichten

wird, der vom Papste gebilligt und wahrscheinlich dem Vatikan beeinflusst worden ist. Torre bekämpft Wilsons Ablehnung des Friedensschlusses mit der gegenwärtigen Regierung Deutschlands und setzt auseinander, daß der vom Papst vorgeschlagene friedliche Frieden sofort möglich sei. Der Vorschlag des Papstes sei viel radikaler als Wilsons Vorschlag des Staatenbundes zur Verhinderung von zukünftigen Kriegen. Außerdem wäre der Versuch, Deutschland eine andere Regierung aufzuzwingen, nur mit Gewalt durchzusetzen, was mit Wilsons Freiheitsidealen nicht vereinbar wäre, ebenso wenig wie mit den anderen idealen Forderungen des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen und den allgemeinen historischen Rechtsgrundsätzen.

Die „Daily News“ schreiben in ihrer letzten Ausgabe, es sei Pflicht der Regierung Lloyd Georges, jetzt in ihrer Sitzung auf die Friedensnote des Papstes sich der Möglichkeit einer unmittelbaren Aussprache mit dem Feinde zu verschließen. Die Leiden des Krieges müssen alle Regierungen in ihrem Bestreben stärken, zu einer Uebereinstimmung in den Friedenszielen zu gelangen.

Viel sagen diese Meldungen nicht; immerhin aber zeigen sie, daß auch in anderen als pazifistischen und sozialistischen Kreisen der Friedensgedanke sich Bahn bricht.

Das holländisch-kanadische Konferenzkomitee in Stockholm schloß seine Verhandlungen mit der Fertigstellung eines Manifestes über die Situation der Konferenz. Das Manifest erscheint Montag.

Ueber die Schwierigkeiten, die der Feststellung des Manifestes entgegenstanden, teilt uns unser Berichterstatter mit: Die Schwierigkeiten liegen in der Vorlegung eines aus verschiedenen Memoranden destillierten Friedensprogramms, gegen welches grundsätzliche Bedenken geäußert werden, da durch dieses Verfahren leicht das Gegenteil der Absicht erreicht werden könne und neue Hindernisse der Eintigung geschaffen sowie das neutrale Komitee selbst in den Parteienkreis hineingezogen werden könnte. Tatsächlich liegen die Hindernisse der Konferenz nicht im mangelnden Ausgange zwischen den Friedensprogrammen der verschiedensten Parteien und nicht nur in der Papierweigerung, sondern namentlich in dem derzeit noch mangelnden Willen einiger Parteien zur Friedensaktion. Es besteht hier die Befürchtung, daß die Verkleinerung dieser Tatsachen durch ein dekoratives Programm die Enttäuschung großer Massen über den Verlauf des Konferenzunternehmens nicht beheben würde, dagegen die künftigen Bemühungen erschweren könnte. Unleugbar wirken auch die französischen und russischen Ereignisse zunächst ungünstig auf die guten Aussichten der Konferenz ein. Die französische Regierung Paullois ist entschieden gegen Stockholm und Ribot ist der Urheber der Papierweigerung sowie ein stiller Anhänger des Annexionsismus, andererseits ist noch ungewiß, ob das Ausschneiden Thomas aus der Regierung den Kampf der sozialistischen Fraktion gegen die bürgerliche Kriegspolitik oder für eine radikalere ministerielle Kombination mit starker sozialistischer Vertretung einleitet. Immerhin läßt die abwartende Haltung der Sozialisten die Vermutung zu, daß die Volksstimmung den Sozialisten von der weiteren Mitverantwortung abdrät. In England hingegen nehmen die Regierung und die Sowjets immer patriotischeren Charakter an; auch klagen sie den Urheber des Generalputschs an, einen Sonderfrieden anzustreben. Tatsächlich schrieb die „Nowoje Wremja“ vor der Eintreibung des Generals Kornilow wörtlich: „Wo es zu so vielen wir kämpfen in einer Situation, bei der wir in größter Gefahr sind, sozialisiert zu werden? Der Bürger und die Bourgeoisie verstehen sehr gut, daß es ihnen unter der deutschen Herrschaft nicht schlechter ginge als unter jener der revolutionären Demokratie.“ Die Sowjets beschloßen, an einer Konferenz, an welcher Engländer und Franzosen anwesend sind, nicht teilzunehmen. Dieser Beschluß veranlaßte die Schwefeldelegierten in Stockholm, auf kein halbtages Konferenzdatum hinzudrängen.

Der Stockholmer Korrespondent des „Handelsblad“ kann mitteilen, daß die allgemeine Stockholmer Konferenz erst gegen Mitte Dezember zusammenberufen wird. Bis zum 1. Dezember aber haben die Parteien Gelegenheit, die Frage des Komites zu beantworten. Die Verhandlungen des Komites mit den Abgeordneten der Sowjets dauern fort.

Der Stockholmer Vertreter des Blattes „Sjia Idemokraten“ meldet: Die russischen Delegierten beschuldigen Sawels Wilson, im Dienste des englischen Imperialisismus mit kapitalistischen Mitteln an der Vereitelung der Abreise der Friedensdelegierten nach Stockholm zu arbeiten. Das russisch-holländisch-kanadische Komitee protestiert dagegen einstimmig.

Wie Stockholmer „Sozialdemokraten“ meldet, ist der bekannte rumänische Sozialistenführer Dr. Rakowski, der von Petersburg nach Stockholm fahren wollte, um an der vorjährigen Zimmerwälder-Konferenz teilzunehmen, von der russischen Behörde in Lornea aufgehalten worden.

Die Kriegslage.

Gelegentliche heftige Feuerwellen sowie Teilangriffe unterbrechen von Zeit zu Zeit an der flandrischen Front die währende Kampfpause. Die Engländer bezwecken mit diesen an Menschen und Munition stets sehr teufeligen Vorstößen mehr moralische als materielle und taktische Ziele. Durch die unangenehme Munitionsverschwendung und Blutopfer muß man den Eindruck zu erwecken, als bauere die flandrischen Offensiven noch an und läßt so das Eingeständnis von ihrem katastrophalen Zusammenbruch nach Möglichkeit hinauszu-schieben.

Auch die englischen Operationen an der Küste hatten augenscheinlich mehr demonstrative Zwecke. Von englischen Luftangriffen, die tagsüber mehrfach vor der flandrischen Küste freizogen, folgte in der Nacht zum 16. die Beschleppung der deutschen Fernposten querab Ostende durch englische Zerstörer und erfolgreicher Bombenabwurf. Auch die deutschen Fliegergeschwader waren tätig. Lager und Batterien wurden mit Bomben beschoßen und mehrere große Explosionen beobachtet. Ein feindlicher Kolonnenzug wurde durch Bombenabwurf brechend zum Abbruch gebracht. Auch bei wiederholtem Angriff im Artois zwischen der Straße Arras-Cambrai und Fontaine errangen die Engländer keinen Erfolg, erlitten jedoch bemerkenswerte hohe Verluste. An der französischen Front ist die Eröffnung noch größer. Unter erhöhter Feuerartillerie zwischen Langrais, Comatie-Germe und einem Patronenunternehmen, das am Hochberge abgewiesen wurde, ist von französischer Kampftätigkeit nichts zu melden.

Um dies Stadium der Kampftätigkeit, das den überaus raschen Zusammenbruch der letzten Offensive in der Champagne und an der Berchamps-Front erneut zu verhindern, greift

die französische Heeresleitung zu ihrem alten Mittel, Angriffe frei zu erfinden. Der französische Eifelturmbericht vom 15. September meldet auf dem rechten Maasufer, nördlich des Caucieres-Waldes einen angeblich gelungenen französischen Angriff. Dieser Angriff fand nur in der Phantasie des Eifelturmberichterstatters statt. In Wirklichkeit gab es hier keinerlei Kampf.

An der gesamten Ostfront war die Gefechtsfähigkeit nur stellenweise etwas lebhafter. Deutsche Stoßtruppen kehrten mehrfach mit Gefangenen und Beute zurück.

Die Heeresberichte.

WEST. Großes Hauptquartier, 16. Septbr. (Amtlich.)

Westlicher Kriegshauptquartier.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

An der flandrischen Front wucherte die Feuerartillerie in Ausdehnung und Stärke. Vornehmlich an der Straße Mentin-Oppen lagen heftige Feuerwellen auf unserer Kampflinie. Dort griffen mehrere englische Bataillone an, deren Ansturm fast durchweg verlustreich zusammenbrach. Nördlich der Straße drang der Feind in unzeren vorderen Gräben in Kompagniebreite ein.

Südlich von Atras heigerte sich nachmittags das feindliche Feuer jählartig zu stärkerer Wirkung. In künstlichem Nebel brachen kurz darauf die Engländer in 1500 Meter Breite bei Cherish vor. Flammenwerfer und Panzerwagen sollten den Sturmtruppen den Weg weisen. Unsere kräftig einsetzende Abwehr durch Artillerie und Maschinengewehre brachte den feindlichen Stoß zum Scheitern. Wo der Gegner in unsere Gräben gelangte, wurde er durch Infanterie im Nahkampf zurückgeworfen.

An der gleichen Stelle wiederholte der Feind seinen Angriff kurz vor Dunkelheit; auch diesmal schlug sein Sturm verlustreich fehl.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:

Außer Erkundungsgeschäften und zeitweilig lebhaftem Stützungsfeuer in einigen Abschnitten war die Kampftätigkeit gering. Auf dem Westlichen Kriegshauptquartier und an der Mazedonischen Front keine größeren Kampfhandlungen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

WEST. Berlin, 16. Septbr., abends. (Amtlich.)

In Flandern an- und abklingende Feuerartillerie mit vereinzelten Infanteriekämpfen. Sonst nichts Wesentliches.

Wien, 15. Septbr. (Amtlich.)

Auf dem östlichen Kriegshauptquartier und in Albanien keine besonderen Ereignisse.

An der Sionzo-Front

lebt die Kampftätigkeit stellenweise auf. Südlich von Selo am Sionzo sind mehrere italienische Vorstöße gescheitert. Auf dem Monte San Gabriele liegt schweres Geschützfeuer. Teilangriffe der Italiener wurden abgeschlagen. Die Zahl der im August an der Südwestfront abgeschossenen italienischen Flieger beträgt 32. Wir verloren in derselben Zeit 11 Flugzeuge.

Wien, 16. Septbr., (Amtlich.)

Westlicher Kriegshauptquartier und Albanien.

Nichts Besonderes zu melden.

Italienischer Kriegshauptquartier.

Südlich von Selo am Sionzo wurden italienische Vorstöße vereitelt. Im Südabschnitt der Hooflache von Baisizza-Heiliger Geist nahm der Feind seine Versuche, unsere Stellung zu durchbrechen, erneut auf. Unsere Truppen behielten in erbitterten Nahkämpfen die Oberhand. Die Italiener wurden geworfen. Bei Gös und auf der Karst-Hooflache Artilleriekampf.

Rußland.

Finnland.

Eine Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur besagt: Die vorläufige Regierung veröffentlichte einen Erlass, der dem finnischen Senat das Recht der endgültigen Regelung einer Reihe von Fragen zugestehet, ohne daß die Genehmigung des Landtages vollzogen wurde. Aus diesen Fragen ausgeschlossen sind die Einberufung und die Auflösung des Landtages, die Förderung des Staatshaushaltes, die Begnadigung der Verurteilten, die Ernennung des Generalgouverneurs und andere.

England.

Von der Gewerkschaftskonferenz der Alliierten

ist noch nachzutragen, daß im Laufe der Debatten der Bergarbeiterführer Smillies ausführte: „Ich glaube, die Dinge sind in England jetzt in Bewegung gekommen, und das zwingt die Arbeiterbewegung zur Einheit. Ein ungeheurer Meinungswechsel vollzieht sich in den großen Industriekernen, und im Volke erhebt sich ein sehr lebhafter Wunsch, daß etwas geschehe, um einen baldigen Frieden herbeizuführen. Die Gegner meines Standpunktes (in der Konferenzfrage) behaupten, daß auch sie Frieden wünschen. Ich gebe das zu. Die Hauptfrage aber ist, wann es Zeit wird zu versuchen, den Frieden herbeizuführen. Das jetzt eingeschlagene Verfahren strebt dahin, daß die Vertreter der alliierten Demokratien es zu einem gemeinsamen Standpunkt bringen möchten, bevor sie die Vertreter der Zentralmächte treffen. Es wäre eine Schande für die alliierten Länder, wenn sie Frieden schloßen ohne Berücksichtigung des Arbeiterstandpunktes.“ Robert Williams, der Vertreter des Transportarbeiterbundes, fand noch viel kräftigere Töne. „Niemand“, sagte er, „gibt es einen Krieg, in dem die regierenden Klassen mit Hilfe heimlicher Methoden energischer danach streben, einen Frieden, der ihnen gefällt, herbeizuführen. Die Romanows sind gegangen, und ich muß sagen: Gott sei gedankt, wenn sich einmal vor dem Buckingham Palace ein Anschlag findet, zu verurteilen.“ (Großer Beifall.)

Ramsay Macdonald über die Lage.

In einem der englischen Arbeiterblätter bespricht unter dem 3. und 10. August der sozialistische Arbeiterabgeordnete Ramsay Macdonald die Lage in Frankreich und England. Aus Paris brachte er die Ueberzeugung mit, daß die sogenannte sozialistische Mehrheit nur zum Schein für Stockholm ist. In Wirklichkeit legt sie der Einberufung der Stockholmer Konferenz Hindernisse in den Weg. Sie hat nur scheinbar in diesem Punkte nachgegeben, weil sie weiß, daß offener Widerspruch gegen Stockholm sie bald in eine verschwindende Minderheit verwandeln würde. Macdonald sprach auch mit französischen Offizieren und einfachen Soldaten. Sie erzählten ihm: Als es in den Schützengräben bekannt wurde, daß die Regierung die Pässe nach Stockholm verweigerte, entstand große Aufregung unter den Soldaten.

Noch interessanter ist, was Macdonald über England schreibt: Lord Georges Rede vom 4. August (Gedenkrede zur Kriegserklärung in Queenshall) wurde in den Wandelgängen des Unterhauses scharf kritisiert. Sie sei die Rede eines Marktstellers gewesen, aber nicht die eines Ministerpräsidenten. Man habe nach drei Jahren eines verheerenden Krieges etwas ganz anderes von ihm erwartet. Immerhin bedeutet sie einen weitgehenden Rückzug von seinem „Kno-out-(Niederbozungs-)Interim“... Je größer die Ermüdung, desto geschäftiger wird die Kriegshege. Die Bewohner der Rinnsteine der Zivilisation werden wieder aufgehetzt, die Ehre des christlichen Englands zu retten durch Zerstörungen von Kirchen und Angriffe gegen Frauen. (Macdonald meint die Angriffe des Böbels auf die Brothorhood-Kirche in Southgate, London-Norfolk, wo am 29. Juli eine Friedensversammlung stattfinden sollte.) Die Zeitungen zeigen den Mob auf; sie bedrohen die Behörden, wenn sie nicht alle Redefreiheit unterdrücken. Stockholm ist der rote Lappen für die „Times“, „Morning-Post“ und den „Evening Standard“. Diese Zeitungen und ihre Geldgeber sind jetzt bemüht, die russische Revolution zu vernichten und den Arbeitern während der Friedensverhandlungen den Maulkorb anzulegen. Wenn wir nicht auf der Stockholmer Konferenz erscheinen, oder wenn diese gar unmöglich gemacht wird, so ist es um die russische Revolution geschehen: Kerensti wird gestürzt oder gezwungen werden, sich einer Militärdiktatur zu unterwerfen.

Vor einigen Wochen fand in der Schweiz eine internationale Finanzkonferenz statt. Jene Zeitungen wußten davon, aber der Internationalismus der Finanzwelt fürte sie nicht, denn ein Programmpunkt dieser Zusammenkunft war, Mittel und Wege zu finden, dem Vormarsch des Sozialismus Einhalt zu gebieten. Nur wenn die Arbeiter ihre Interessen durch internationale Verständigung sichern wollen, schlagen jene Zeitungen mächtigen Lärm.

Italien.

Straßenkämpfe in Turin.

Die „Berner Tagwacht“ berichtet: In Turin dauert der Belagerungsstand fort. Während der Straßenkämpfe zwischen Soldaten und Arbeitern weigerte sich die Infanterie, gegen die Arbeiter vorzugehen. Darauf griffen auf Befehl der Regierung Maschinengewehre in den Kampf ein, wodurch zehn Arbeiter getötet und viele Hunderte verwundet wurden. Die Regierung hat Massenverhaftungen vorgenommen. Sämtliche Arbeitersekretäre befinden sich in Haft. 8000 Arbeiter der Autofabrik Fiat haben fünf Tage lang gestreikt.

Der Seetrieg.

Der U-Boots-Krieg.

WTB. Berlin, 15. September. (Amtlich.) Neue U-Boots-Erfolge im Nermel-Kanal:
4 Dampfer und 1 Segler mit rund 20 000 Br.-Reg.-Tonnen.
Die Dampfer waren sämtlich bewaffnet, einer davon war ein Tandampfer. Der Segler hatte 1400 Tonnen Del, Reis und Stückgut nach Le Havre geladen.
Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Laufings neueste Enthüllung.

Man gewinnt allmählich den Eindruck, daß der gesamte deutsche diplomatische Verkehr nach den amerikanischen Kontinenten seit langer Zeit sich nur unter Kontrolle Wilsons und Laufings vollzogen hat. Schon als die Vereinigten Staaten noch scheinbar neutral waren, mußten sie die deutschen diplomatischen Depeschen sämtlich angehalten und dechiffriert haben, und veröffentlichten nun bruchstückweise die Ergebnisse ihres Diebstahls. Die neueste Enthüllung ist ein Bericht des deutschen Gesandten in Mexiko, der darum bittet, dem dortigen schwedischen Gesandten einen deutschen Orden zu verleihen, weil er ihm bei der Uebermittlung seiner Depeschen gefällig sei. Diese neue Enthüllung der Entente wird zu einer neuen Hege gegen Schweden ausgenutzt. In Berlin ist der angebliche Bericht des deutschen Gesandten in Mexiko nie eingetroffen. Daß Schweden deutsche diplomatische Meldungen aus neutralen Ländern nach Berlin vermittelt hat, ist bekannt und zugegeben. Es hat in der gleichen Weise auch amerikanische Meldungen durch das Gebiet der Mittelmächte nach der Türkei weitergeleitet und dafür ausdrücklich einen Dank von der Regierung der Vereinigten Staaten erhalten. Was also Wilson-Laufing mit ihrer neuesten Diebstahlsbeute beweisen wollen, ist nach dem bisherigen Material nicht zu erkennen.
Hierzu liegt noch folgende Neuer-Meldung vor:
Der deutsche Gesandte in Mexiko, v. Eckardt, hat eine Erklärung abgegeben, worin er im Widerspruch mit den Enthüllungen in Washington bestreitet, sich des schwedischen Geschäftsträgers bedienen zu haben, um Nachrichten nach Berlin zu übermitteln. Herr v. Eckardt teilt mit, daß er weder durch Vermittlung Cronholms irgendwelche Nachrichten gesandt hat, noch Cronholm schriftlich zu dem Kronenorden vorgeföhrt hat. Als man Herrn v. Eckardt fragte, daß man in Washington genügend Beweise für seine Mitschuld in Händen habe, antwortete er, das sei nur eine amerikanische „Intrige“.

Japans Hilfe.

Aus Newyork meldet die Petersburger Telegraphen-Agentur: Nach Telegrammen aus Washington beschäftigt Japan bei der Beurteilung der Frage über seine stärkere Beteiligung am Kriege nicht, irgendwelche besondere Bedingungen zu stellen. Was Riantschou anbelangt, ist Japan der Ansicht, daß diese Frage nicht Gegenstand von Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten sein könne, sondern vor die Friedenskonferenz gehöre. Ueberhaupt betrachte Japan die Frage, betreffend seine Absichten bezüglich Chinas, als nicht diskutabel vor Beendigung des Krieges. Das gleiche gilt auch bezüglich des Schicksals der deutschen Inseln im Stillen Ozean, die Japan besetzt hält.

Luzburg.

Der argentinische Gesandte in Berlin überreichte Sonnabend im Auswärtigen Amt eine Note, in der er im Auftrag seiner Regierung die Mitteilung machte, daß Graf Luzburg infolge der in seinen Telegrammen zum

Der amtliche Kriegsbericht.

WTB. Großes Hauptquartier, 17. Septbr. (Amtlich.)
Westlicher Kriegsschauplatz.
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht
Gute Sicht begünstigte die Entfaltung lebhafter Feuerkämpfe. In Flandern steigerte sich der Artilleriekampf an der Küste und in einzelnen Abschnitten von Houthousterwald und Sys mehrmals zu heftigsten Trommelfeuer. Englische Infanterieangriffe erfolgten nicht. Es kam lediglich zu örtlichen Vorstoßgefechten, bei denen Gefangene in unserer Hand blieben.
Nordöstlich von Arras stehen nachts starke Erkundungsabteilungen der Engländer vor, an einigen Stellen auch bis in unsere Linien, wo schneller Gegenstoß den Feind vertrieb.
Auch bei St. Quentin bereiteten die Gegner mit Feuerüberfällen Vorstöße ihrer Aufklärer vor, die überall abgewiesen wurden.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:
Längs der Aisne, vornehmlich nordöstlich von Soissons, ferner in der Champagne und vor Verdun schwoll die Kampftätigkeit der Artillerien zu starker Wirkung an. In mehreren Erkundungsgefechten bühten die Franzosen Gefangene ein.

Aus feindlichen Fliegergeschwadern, die gestern Colmar zweimal angriffen, wurden 2 Flugzeuge von einer unserer Jagdstaffeln abgeschossen. Außerdem verlor der Gegner 16 Flugzeuge. Oberleutnant Berthold brachte am 15. September zwei feindliche Flieger, Oberleutnant Schleich in den beiden letzten Tagen drei Gegner im Luftkampf zum Absturz.

Westlicher Kriegsschauplatz.
Keine wesentlichen Ereignisse.
Mazedonische Front.
Die Lage ist unverändert.
Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Ausdruck gebrachten Auffassung aushört, „Persona grata“ zu sein, und daß ihm infolgedessen die Pässe zugestellt wurden. Nach einer gleichzeitigen Keuherung des argentinischen Gesandten richtet sich die getroffene Maßnahme ausschließlich gegen die Person des Grafen Luzburg.

Aus Buenos Aires wird gemeldet: Die argentinischen Behörden haben strenge Maßnahmen zum Schutze der Deutschen getroffen. Angesichts der Unmöglichkeit, sich sofort einzuschiffen, ist Graf Luzburg von dem argentinischen Präsidenten bedeuert worden, bis zu dem Augenblick, wo er wird abreisen können, in Buenos Aires zu bleiben.

Die „Köln. Zig.“ meldet aus Kopenhagen: Ein direktes Telegramm des Malmöer Telegramm-Bureaus aus Newyork befragt: Der „Washington Post“ zufolge werden die Vereinigten Staaten keinen Schritt gegen Schweden unternehmen. Ebenbenenig sollen noch weitere Telegramme Luzburgs veröffentlicht werden. Die „Chicago Tribune“ will wissen, daß das Staatsdepartement im Besitz des deutschen Legates von 70 Telegrammen sei, die Luzburg durch Vermittlung des schwedischen Ministeriums des Aeußern nach Berlin gesandt habe. Sämtlichen diplomatischen Vertretungen Amerikas in Europa wurden Abschriften dieser Telegramme zugestellt, ausgenommen jedoch der amerikanischen Gesandtschaft in Stockholm.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Montag, 17. September.
Im Herbst.
Es rauscht, die gelben Blätter fliegen.
Am Himmel steht ein kalter Schein;
Du schauest leis und drückst dich fester
In deines Mannes Arm hinein.
Was nun von Halm zu Halme wandelt,
Was nach den letzten Blumen greift,
Hat heimlich im Vorübergehen
Auch dein gestiebtes Haupt gestreift.
Doch reihen auch die garten Jüden,
Die warme Nacht auf Wiesen spannen —
Es ist der Sommer nur, der scheidet;
Was geht denn uns der Sommer an!
Du legst die Hand an meine Stirne
Und schaust mir prüfend ins Gesicht;
Aus deinen milden Frauenaugen
Bricht gar zu wehenschmerzhaft Licht.
Erlauch auch hier ein Duft, ein Schimmer,
Ein Küßel, das dich einst bewegt,
Daß du in meine Hand gefangen
Die freie Mädchenhand gelegt?
O schaudre nicht! Ob auch unmerklich
Der küßste Sonnenschein verzarrt —
Es ist der Sommer nur, der scheidet;
Was geht denn uns der Sommer an!
Theodor Storm.

Die neue Kartoffelversorgung.

Durch die Bekanntmachungen des Auswärtigen für Kriegshilfe sind die Bestimmungen veröffentlicht, die für die Winterversorgung mit Kartoffeln maßgebend sind. Der Verteilungsplan beruht auf Erntevoranschlägen. Ein richtiges Bild über die gesamte zur Verfügung stehende Kartoffelmenge kann erst später gewonnen werden. Damit wird bei der vorläufigen Schätzung der Reichskartoffelstelle allerdings nicht zu rechnen sein, daß in der Umsetzung von 1 Pfund Tagesrationen eine Minderzuzug eintritt. Was die Bestimmungen im einzelnen betrifft, so ist darüber folgendes zu bemerken.
Die Ausgabe der neuen Kartoffelarten erfolgt in der Zeit vom 18. bis 22. die Eintragung in die Kundenlisten vom 21. bis 25. September. Die Kartoffelarten werden gegen Vorlegung des Besondereitenscheines verabfolgt. Dadurch erhalten alle Kinder, auch die bis zu einem Jahr, die volle Tagesration. Demnach sollen die Kartoffelarten in gleicher Weise

form. Bei der neuen Regelung ganz weg, weil es sich immer wieder als schwer durchführbar erwiesen hat, eine feste Grenze zwischen Berechtigten und Nichtberechtigten zu ziehen. Bei der Ausgabe von Zusatzarten hätte die allgemeine zur Verteilung gelangende Tagesration herabgesetzt werden müssen. Es hat sich bei der Nachprüfung auch ergeben, daß durch Erhöhung der allgemeinen Ration, die den einzelnen Familien zufließt, die Kartoffelmenge nicht kleiner ist, als wenn bei ermäßigter Tagesration Zusatzarten einen Ausgleich hätten gewähren müssen. Nicht berechtigt zur Entnahme von Kartoffelarten sind lediglich diejenigen Kartoffelzeuger, welche eine Fläche von mehr als 200 Quadratmeter mit Spätkartoffeln bepflanzt haben. Kartoffelarten erhalten sie erst, wenn sie aus der eigenen Ernte den Bedarf ihrer Haushaltsangehörigen in der Höhe von 1 1/2 Pfund für den Tag und Kopf verbraucht haben.

Insgesamt beträgt der Bedarf an selbstgeernteten Kartoffeln für die Zeit vom 15. September 1917 bis zum 14. September 1918 5 1/2 Zentner für jeden Wirtschaftsangehörigen. Von dem gesamten Ernteertrag — es handelt sich dabei immer um Kartoffelzeuger, die eine Fläche von 200 Quadratmeter und darüber mit Herbstkartoffeln bepflanzt haben — dient der fünfte Teil zur Deckung der zum Verfügen freigegebenen Kartoffeln und der Verluste durch Schwund. Verfügt werden dürfen nur ungedünnte oder kleine Kartoffeln bis zu einer Größe von einem Zoll (2,7 Zentimeter). Ein Teil der geernteten Kartoffeln ist als Saatgutbedarf zurückzustellen, und zwar für jedes Hektar der Kartoffelanbaufläche 40 Zentner. Der Rest, mindestens jedoch 150 Zentner Speisekartoffeln auf das Hektar der Herbstkartoffelanbaufläche, ist an die städtische Kartoffelstelle abzuliefern. Die Ablieferung kann jedoch auch unmittelbar an die öffentliche Verbraucherverwaltung erfolgen, in diesem Falle gegen die Herausgabe der entsprechenden Zahl der Kartoffelkartenabschnitte. Die neuen Kartoffelarten gelten allerdings nur für die Zeit bis zum 28. April 1918, doch auch über diesen Zeitpunkt hinaus sind die öffentlichen Erzeuger berechtigt, schon jetzt Kartoffeln, deren Verbrauch für die Zeit vom 29. April bis zum 15. Juli 1918 bestimmt ist, zu verkaufen. Jedoch bedarf es zur Ablieferung dieser Menge in jedem einzelnen Falle der besonderen Genehmigung der städtischen Kartoffelstelle, welche erst nach dem 15. Dezember, nachdem die gleichmäßige Winterversorgung durchgeführt ist, erteilt werden wird. Solange diese Genehmigung nicht erteilt ist, verbleibt das Verfügungsrecht über diese verkauften Kartoffeln der städtischen Kartoffelstelle. Selbstverständlich gelten diese Bestimmungen für alle Kartoffelzeuger im gesamten ländlichen Staatsgebiet, wenn sie eine Fläche von 200 Quadratmeter und darüber mit Kartoffeln bebaut haben. Nicht berührt werden durch sie die im Kleinanbau gewonnenen Kartoffeln. Diese werden bei einer Anbaufläche bis zu 200 Quadratmeter zur Verwendung im Haushalt der Kartoffelzeuger freigegeben. Daneben werden die Kartoffelarten in vollem Umfange ausgegeben. Im übrigen wird die Tagesmenge für den Kopf der Bevölkerung auf 1 Pfund also 7 Pfund für die Woche, festgelegt.

Von besonderer Wichtigkeit ist für die Bevölkerung natürlich die Frage der Winterernte und -verteilung. Von der Reichskartoffelstelle ist durch die Einführung der bis zum 15. Dezember zu zahlenden Schnelligkeits- und Anfuhrprämien in diesem Jahre vor allem darauf Gewicht gelegt, daß 1/3 des gesamten Bedarfs bis zum 15. Dezember voll geliefert werden. Dadurch wird der Bevölkerung allgemein die Möglichkeit gegeben, sich bis Mitte April 1918 mit Kartoffeln einzudecken. Allerdings wird es nicht möglich sein, daß jeder sofort den gesamten Bedarf für sich und seine Haushaltsangehörigen entnimmt, weil die Zufuhren die erforderliche Menge nicht heranschaffen können. Aber je nach der hier greifbaren Kartoffelmenge werden die einzelnen Wochenabschnitte der fortlaufend nummerierten Kartoffelkarten unverzüglich in Kraft gesetzt, und dadurch wird jeder Verbraucher in den Stand gesetzt, seine Kartoffeln nach und nach in größeren Mengen bei dem Händler zu entnehmen, bei dem er in die Kundenliste eingetragen ist. Spätestens bis zum 15. Dezember wird sich dadurch jeder bis Mitte April voll mit Kartoffeln eindecken können. Daß der einzelne Verbraucher bei überhöhten Kartoffelzeugern seinen Bedarf auch für eine längere Zeit einkaufen kann, wurde schon erwähnt.

Wenig erfreulich ist, daß der Preis der Kartoffeln in diesem Winter gegenüber dem im vergangenen Jahre erheblich höher bemessen werden muß. Daran zu ändern, ist dem Auswärtigen für Kriegshilfe bei den vom Reich festgesetzten Preisen nicht möglich gewesen. Lübeck erhält seine Winterkartoffeln aus Mecklenburg, Pommern und Brandenburg. Dort ist der Höchstpreis bei Abgabe durch den Erzeuger auf 6 Mk. für 100 Pfund festgelegt. Dazu tritt bei Lieferung vor dem 15. Dezember für jeden zur Verladung gebrachten Zentner eine Schnelligkeitsprämie von 50 Pfg., ferner eine Anfuhrprämie, die für jedes angefangene Kilometer 5 Pfg. beträgt, und eine Kommissionsgebühr von 25 Pfg. Zu dem Preis der Kartoffeln ab Bahnhof des Erzeugerortes in Höhe von mehr als 7 Mk. kommen dann die eigenen Aufwände für Fracht, Gewichtsverlust usw. und die Händlerkosten, so daß der Kleinhandelspreis 10 Pfg. für das Pfund betragen wird. Er ermäßigt sich auf 9,60 Mk. für 100 Pfund, wenn, wie bei der Winterernte, Kartoffeln in vollen Zentnern bei dem Händler entnommen werden. Daß in anderen Städten, wie beispielsweise Hamburg, der Preis noch höher als auf 10 Pfg. für das Pfund hat festgelegt werden müssen, darf gegenüber dem hiesigen Preis, so schreibt uns der Auswärtigen für Kriegshilfe, nicht unerwähnt bleiben. Für die im ländlichen Staatsgebiet geernteten Kartoffeln ist der Erzeugerpreis auf 5 Mk. für 100 Pfund festgelegt. Zugänglich der Schnelligkeits- und Anfuhrprämien stellt sich der Preis frei Haus des Verbrauchers auf 7 Mk., nach dem 15. Dezember durch den Wegfall der Prämien auf 6,25 Mk. Es ist gewiß bedauerlich, daß der Preis unter dem Zwange der Verhältnisse gegenüber dem Vorjahre nicht unerheblich hat erhöht werden müssen, aber daran war von der hiesigen maßgebenden Stelle nichts zu ändern. Erfreulich bleibt ihm demgegenüber nur, daß einmal die Tagesrationen durch den guten Ernteausfall weitens höher bemessen werden konnte als es im Winter 1916/17 der Fall war, und zum ändern, daß alle Tagesrationen, wie unsere Bevölkerung sie im letzten Jahre bis zum Ueberdruß kennen lernte, wenigstens für die Kartoffeln genommen werden.

Ernennungen. Der Senat hat den Gerichtskassenassistenten Christian Holtz für zum Sekretär beim Gerichtsvollzieheramt und bei der Gerichtskasse (Vorsteher des Gerichtsvollzieheramts und Gerichtskassenrentanten) sowie die Gerichtskassenassistenten Emil Schöning und Bernhard Müller zu Sekretären am Landgericht ernannt und den Tag des Amtsantritts auf den 1. September 1917 festgelegt.

Senator Dr. Neumann Bürgermeister von Riga? Wie die „B. Z.“ am Mittwoch hört, ist der lübeckische Senator Dr. Neumann an die Spitze der bürgerlichen Verwaltung der Stadt Riga berufen worden. Durch die Ernennung sollen die alten Beziehungen, die Lübeck mit Riga seit der Hansezeit verbindet, ihren Ausdruck finden. Senator Dr. Neumann wird die Geschäfte eines Bürgermeisters besorgen und gleichzeitig dem lübeckischen Gouverneur von Riga, General von Allen, als Sachverständiger in wirtschaftlichen Angelegenheiten zur Seite stehen. Senator Dr. Neumann leitet in Lübeck das Polizeiwesen.

Dazu erfahren wir, daß die in dieser Mitteilung enthaltenen Angaben in dieser Form nicht zutreffend sind, insbesondere handelt es sich nicht um die Uebernahme eines Bürgermeisterspostens. Die Verhandlungen über eine Berufung des Herrn Senators Dr. Neumann nach Riga sind noch nicht abgeschlossen.

Zum Absatz von Gemüse. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst hat im Reichsanzeiger eine Bekanntmachung über Gemüse erlassen, nach welcher die Landesstellen für Gemüse und Obst (in Preußen neben der Landesstelle auch die Provinzial- und Bezirksstellen für Gemüse und Obst) beauftragt sein sollen, für ihre Bezirke oder Teile davon mit Zustimmung der Reichsstelle durch Verordnung zu bestimmen, daß Weißkohl, Rotkohl, Wirsing, Kohlrabi, Möhren aller Art, Kohlrüben und Zwiebeln oder einzelne dieser Gemüskarten nur mit ihrer Genehmigung abgesetzt werden dürfen.

Wie beim Obst ist von einer Beschlagnahme abgesehen, und es wird dem Erzeuger alles Gemüse belassen, das er im eigenen Haushalte oder Betriebe verbrauchen oder verarbeiten will. Soll aber Gemüse abgesetzt werden, gleichgültig, ob vom Erzeuger oder von sonst jemand, so unterliegt es dem Zugriff durch die dazu berufenen amtlichen Stellen. Die Entscheidung darüber, ob im Einzelfalle die Genehmigung zum Absatz zu erteilen oder zu verweigern ist, soll nach dem Bedarf der Bevölkerung an Frischware und nach den Anforderungen der Nahrungsmittelindustrie auf Grund der von der Reichsstelle für Gemüse und Obst aufgestellten Richtlinien getroffen werden. Die Reichsstelle behält sich selbst die Verteilung des erfassten Gemüses auf den Frischverbrauch und die Industrie vor. Sie wird allein bestimmen, welche Mengen für den Frischverbrauch zurückbehalten werden dürfen und wohin der Ueberschuss zu liefern ist.

Auch vom Gemüse sollen wie beim Obst nur die Hauptarten erfasst werden. Das übrige Gemüse bleibt von jeder Regelung ausgeschlossen. Während aber bei der Obstregelung die betroffenen Arten überall in ganz Deutschland ausnahmslos und einheitlich erfasst werden, ist für keine Gemüseart eine einheitliche Regelung in allen Teilen Deutschlands vorgesehen. Jede Gemüseart soll vielmehr nur in den gerade für sie besonders hervorragenden Erzeugungsgebieten der Zwangsregelung unterworfen werden. Eine zwangsweise Erfassung der auch für Fütterungszwecke besonders wichtigen Mutterkräuter wird nur ganz ausnahmsweise zugelassen werden.

Hierzu enthält die Verordnung die erforderlichen einheitlichen Richtlinien, deren Ergänzung unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse im Einvernehmen mit den Landeszentralbehörden erfolgt.

Lebensmittelversorgung der Kranken. Durch die Presse geht in letzter Zeit vielfach die Nachricht, daß das Kriegsernährungsamt neuerdings eine anderweitige Versorgung der Kranken mit Lebensmitteln angeordnet habe. Diese Nachricht beruht auf einem Irrtum. Tatsächlich richtet sich die Versorgung der Kranken mit Nahrungsmitteln nach wie vor nach dem Rundschreiben des Präzidenten des Kriegsernährungsamts vom 1. Februar 1917. Hierin sind Anträge auf Zulassung von Nahrungsmittelzulagen an sich selbst heftigende Kranke nach wie vor unter Anschließung eines von einem Arzt auf vorgeschriebenem Vorblatt ausgefüllten Zeugnisses der ärztlichen Prüfungsstelle einzubringen. Diese entscheidet, ob die Anforderung überhaupt im vollen Umfange und auf die gewünschte Zeitdauer zu bewilligen, ob sie abzulehnen oder nach Menge und Zeitraum zu beschränken ist, oder durch Bewilligung anderer gerade in reichlicherer Menge vorhandener Nahrungsmittel zu ersetzen ist. Die den Kranken zu gewährenden Mindestmengen, von denen in der erwähnten Zeitungsnachricht die Rede ist, z. B. 4 Pfund Brot wöchentlich, 300 Gramm Fleisch, 2 Eier, 140 Gramm Butter, täglich ein halbes Liter Milch, monatlich 400 Gramm Käse usw., sind allgemein nur öffentlichen allgemeinen Krankenhäusern vorbehaltlich des richtigen Vergleichs der Nahrungsmittelzulagen unter den Umständen, je nachdem sie ihrer mehr oder minder bedürftig erscheinen, zugewilligt.

Lebensmittelschmuggel. Ein anscheinend groß angelegter Lebensmittelerschmuggel ist Freitag mittag durch den Aufbruch eines Eisenbahnwagens entbehrt worden. Auf der Strecke Schwartau-Lübeck erlitt, wie das „S. Jr.“ berichtet, ein Wagen einen Bruch einer Achse und mußte auf offener Strecke entladen werden. Die Ladung sollte nach Döberitz gehen und sollte Marmelade enthalten. Man fand auch im vorderen Wagen Marmeladeseimer aber — leere. Im übrigen behand die Ladung aus Säcken mit Kartoffeln, Butter, Honig usw. Es wird angenommen, daß es nicht die erste gewesen ist, die, als Marmelade dekoriert, Lebensmittel ausführen sollte. Wie es möglich war, daß die Stückgüter als Marmelade transportiert werden konnten, bleibt anzuführen. Die Ladung wurde beschlagnahmt und der Behörde Anzeige erstattet.

vi. Hanja-Theater. Die Winterpielzeit wurde am jetzigen Sonntag mit Kollis Operette „Die tolle Komteß“ eröffnet, die in Berlin und Hamburg schon hunderte von Aufführungen erlebte. Den Text haben Bernauer und Schöngar fabriziert. Ihre Einfälle waren aber durchaus nicht neu. Die „tolle Komteß“, die trotz ihrer 13 Jahre joviel vom Leben weiß, wie eine heiratsfähige höhere Tochter, und ein ganzes Mädchenpensionat in Aufruhr gegen ihre gestrenge Lehrerin versetzt. Ein Kavaliere, der sich aus ganz besonderen Gründen in einen Diener verwandelt und als lehrer Bräutigam seiner ehemaligen Herrin wird. Schlarwahnähnliche Szenen, die im Seidentüsch ihrer Herrin spielen und sogar deren Eulampie tragen, wenn die Luft rein ist. Ein alternder Edelmann, der sich mal mit einem jungen Kavalier im Kabarett amüsiert — wenn es sich auch nicht immer um die zukünftige Schwelgerin dabei handelt. Ein blödsinniger Songstrolcher, der absolut lächerlich soll und es nicht richtig fertig bringt, und daß sich zum Schluß alle kriegen, das ist wahrhaftig — alles schon dagewesen. Die Musik ist dagegen mit neuen Einfällen reichlich. Einige recht gefällige Melodien werden falls

non vielen gesummt werden. Von den neuen Darstellern gefiel uns am besten Viktor Orman n. Er weist als Vorzüge flottes Spiel und annehmbaren Gesang auf. Lotte Rogall, die Trägerin der Titelrolle, sah recht nett aus, spielte dröblig, doch fehlte ihr als Soubrette förmlich noch einiges. Wohlhüll liegen die Dinge bei dem neuen Fr. Wallner. Maria Schneider-Nameau war recht gut. Im übrigen machten sich um die Auf-führung verdient die Herren Eisner, Eberhard-Gmler und vor allem der Spielleiter Herr Fischer-Nichten. Sehr angenehm berührten die neuen Dekorationen das Auge. So begann die Winterpielzeit für Herrn Bühnenrecht erfolgreich; das Haus war nämlich ausverkauft. Viele konnten keinen Platz mehr finden.

pb. Verhaftete Lebensmitteldiebe. In der Nacht zum 18. ds. Mts. wurden aus einer Kaffeehandlung in der Pfaffenstraße diverse Lebensmittel, wie Brot, Wurst, Delfarinen u. dergl. mittels Einbruchs gestohlen. Als Täter wurden namentlich zwei jugendliche hiesige Arbeiter und zwei russische Arbeiter ermittelt und festgenommen. Die Diebe hatten, wie die Untersuchung ergab, nicht aus Not gestohlen, um das Diebesgut selber zu verzehren, sondern sie haben dieses zum größten Teil verkauft und das Geld dafür hindurchgebracht.

pb. Strafbestrafung. Ermittelt und festgenommen wurde ein Arbeiter aus Gorch, der seitens der Staatsanwaltschaft in Schwerin wegen Diebstahls strafbriestlich verfolgt wurde.

pb. Teure Bröte. Festgenommen wurden zwei Arbeiter aus Berlin bezw. Kiel wegen Ueberschreitung der Höchstpreise. Die beiden haben angeblich von ihrer letzten Reise einige Bröte mit nach hier gebracht und haben sie hier zum Preise für 8 Mk. bezw. 3,50 Mk. zum Kaufe angeboten, obwohl sie selber nur 68 Pf. für das Stück bezahlt haben wollen.

Schwerin. Milchpantcher vor Gericht. Vor dem hiesigen Schöffengericht hatte sich die Hausfrau Anna B. in Pantow wegen Milchverfälschung zu verantworten. Sie wird beschuldigt und ist gefändig, daß sie von Anfang April bis Ende Mai d. J. jortgefetzt die aus ihrer Wirtschaft von 5 Kühen gewonnene und zum Verkauf gebrachte Vollmilch mit 45 bis 50 Proz. Wasser verdünnt und gefälscht hat. Sie hat sich damit einer Nahrungsmittelfälschung und gleichzeitig eines Betruges schuldig gemacht, und zwar aus Habgucht, um rascher Geld zusammenzuschaffen, denn in Not war sie nicht, wie sie angibt. Das Urteil lautet auf 2 Wochen Gefängnis und eine Geldstrafe von 600 Mark.

Bremen. Eine neue Kriegsteuerungszulage ist den fremdschen Beamten und Staatsarbeitern vom Senat demilligt worden. Sie ist nach der Stärke der Familie bemessen und besteht in einer monatlichen Zulage und in einer einmaligen Aufwandsentschädigung. Die monatliche Teuerungszulage beträgt für Ledige 25 Mk., falls das Einkommen nicht mehr als 6000 Mk. beträgt. Verheiratete mit einem Dienstehinkommen von nicht mehr als 9000 Mk. erhalten ohne Kinder monatlich 33 Mk., mit 1 Kinder 48 Mk., mit 2 Kindern 64 Mk., mit 3 Kindern 81 Mk., mit 4 Kindern 99 Mk. u. s. f. Die einmalige außerordentliche Teuerungszulage besteht in dem Betrage eines Monatsgehalts, nach unten auf 150, nach oben auf 320 Mk. begrenzt. Die übrigen verheirateten Beamten erhalten als außerordentliche Zulage 500 Mk., steigend für jedes Kind um 50 Mk. Diese Sätze gehen in den Gehaltsstufen bis zu 6200 Mk. zum Teil erheblich über die Reichssätze hinaus. Als Empfänger der Teuerungszulagen kommen nur die nicht zum Heeresdienst eingezogenen Beamten in Frage. Auch die Staatsarbeiter erhalten entsprechende Kriegsteuerungszulagen. Die jährliche Belastung der Staatskasse durch die jetzt beschlossenen Teuerungszulagen beläuft sich auf 4 000 000 Mk.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 16. Septbr. (Amtlich.) Im Atlantischen Ozean, in der Biscaya und in der Nordsee wurden durch unsere U-Boote wiederum 4 Dampfer und 1 Segler mit 23 000 Kuglo-Registertonnen versenkt, darunter die bewaffneten englischen Dampfer „Malda“ (7884 Tonnen) und „Roanoke“ (63 755 Tonnen) mit Stückgut-Ladung und eine U-Boot-Falle in Gestalt eines Dreimast-Schoners, die mit zwei Geschützen bewaffnet war und unter schwedischer Flagge fuhr. Vom Dampfer „Roanoke“ wurde der Kapitän gefangen genommen.

Der Chef des Admiraltabes der Marine.
Verantwortlich für die Rubrik „Aus Lübeck und den Randgebieten“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling, Bezleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. sämtlich in Lübeck.

Ein Gramm Gold
kommt zum anderen! Auch kleine Teile nimmt die Goldankaufsstelle zum vollen Werte an.

Markthalle.
Die Markthalle ist wochentags, ausschließlich Sonnabends, von 8 Uhr morgens bis 1 Uhr nachmittags und Sonnabends von 8 Uhr morgens bis 1 Uhr nachmittags sowie von 5 bis 7 Uhr abends für den Verkauf geöffnet. Die Halle ist außerdem von 7 bis 8 Uhr morgens für Wiederverkäufer geöffnet.
Lübeck, den 17. September 1917. (2688)
Die Betriebsbehörde.
Lienau, Dr.

Zu die talentvollste männliche Jugend Lübecks.
Das ganze deutsche Volk arbeitet in höchster angespanntester Kraft, um sich siegreich der feindlichen Welt zu erwehren und sich die Zukunft seines Vaterlands zu erhalten. Wir sind in das vierte Kriegsjahr eingetreten. Uebermenschliches ist geleistet, noch vieles ist zu tun. In begrenzter, urchenlicher Hingebung kämpfen in Blut und Schweiß Gure Väter und Brüder mit dem Ziel, das Vaterland und den eigenen Herd zu schützen und Gure junges Leben zu schützen. Gure Mütter und Schwägerinnen ringen in schwerer Arbeit um das Glück ihrer Heimat und ihres Hauses.
Auf Euch ruht der siegesfrohe Blick des Vaterlandes, sicher in der Hoffnung, daß Ihr jederzeit auf seinen Ruf waffenragend und gehärtet an Körper und Seele die Lücken in den Kampf-reihen ausfüllen werdet. Es müßte für den einzelnen unter Euch schimpflich sein, wenn durch eigene Schuld seine Kraft nicht ausreichen sollte und der Ruf nach seiner Hilfe vergeblich er-tönen würde.
In den Jugendkompagnien empfangt Ihr die Ausbildung die Euch befähigt, vorbereitet und mit guter Grundlage den Truppendienst zu ertragen und in ihm Gsprießliches zu leisten. Fragt frühere Jungmänner, die jetzt dem Heere angehören, welche Erleichterungen ihnen aus der Vorbereitung in den Jugendkom-pagnien erwachsen sind.
Auch weitere Vorteile sind für Euch mit der Zugehörigkeit zu einer Jugendkompagnie verbunden. Den Jungmännern steht im Corpsbezirk die Wahl des Trup-penteils der Waffe zu, zu der er ausgehoben wird. Seine geistige und körperliche Ueberlegenheit über die nicht aus der militärischen Vorbereitung hervorgegan-genen jungen Leute wird ihm die Anwartschaft auf frühe Beförde-rung und die Uebertragung ver-antwortungsvollerer bevorzugter Stellen sichern.
Von den in der Stadt Lübeck bestehenden vier Jugendkom-pagnien legen sich gegenwärtig drei aus älteren Schülern der hiesigen Lehranstalten zusammen, für die die Teilnahme an den Uebungen pflichtmäßig ist; eine weitere, die 3. Jugendkompagnie, sowie die Jugendkompagnien Rüdnicg und Travemünde sind vorwiegend für militärische Vorbereitung der Kauf-männischen und gewerblichen An-gestellten und Lehrlinge bestimmt, deren Zeit während der Tages-stunden beruflich in Anspruch genommen ist. Die Uebungen dieser Kompagnien finden des-halb einmal wöchentlich am Abend und in der Regel an jedem zweiten Sonntage statt.
Laßt Euch durch die Schüler ein Eifer für die gute Sache nicht beschämen und nehmt zu Gurer Erträglichkeit an diesen Uebungen teil! Anmeldungen werden für die 3. Jugendkompagnie Lübeck an den Mittwochsabenden von 8 1/2 Uhr an in der Turnhalle des Lehrerseminars, Langer Loh-berg 24a, für die Jugendkom-pagnie Rüdnicg an den Dien-stagsabenden von 8—10 Uhr in der Turnhalle Rüdnicg und für die Jugendkompagnie Travemünde Sonntags von 10—12 Uhr vormittags bei dem Führer, C. Süßberg, Vorderreihe 29, ent-gegengenommen.
An die Eltern, Behörden, Fir-men und Arbeitgeber jeder Art ergeht die Bitte, uns im Dienst des Vaterlandes durch ihren Einfluß und, soweit erforderlich, durch Gewährung der für die Uebungen notwendigen Zeit an ihre Angestellten zu unterstützen.
Die Leitung der militärischen Vorbereitung der Jugend im Bezirk Lübeck. (2674)

Sozialdemokrat. Verein Lübeck.
Am Donnerstag verstarb unser Mitglied
Carl Kluth.
Seine feinem Andenten!
Die Einäscherung erfolgt am Donnerstag nachmittags 4 1/2 Uhr im hiesigen Krematorium. Die Mitglieber sammeln sich bis 3 3/4 Uhr im „Weissen Hirsch“.
2686) Der Vorstand.

Chorverein Lübeck.
Am 14. September ist unser Mitglied
Carl Kluth
gestorben.
Seine feinem Andenten!
Die Einäscherung findet am Donnerstag, 20. Sep-tember, nachmittags 4 1/2 Uhr im Krematorium statt.
2688 Der Vorstand.

Am Sonnabend abend 9 1/2 Uhr entlichst sanft unser lieber Sohn und Bruder
Herbert
im fast vollendeten 12. Lebensjahr, tief betrauert von seinen Eltern und Geschwistern. (2684)
Martin Nehlsen und Frau Anna geb. Schulz.
Die Beerdigung findet am Mittwoch nachm. 2 1/4 Uhr von der Kapelle des Wor-mker Friedhofs aus statt.

Verloren ein Lebensmittelbuch (Nr. 47). Der eheliche Finder wird gebeten, es abzugeben (2680) Chasotstr. 13 II.

Hansa-Theater.
Heute abend 8 Uhr
Die tolle Komteß

Stadthallen-Sommertheater
Dienstag, den 18. Sept. 1917:
Anfang 7 Uhr:
Letzte Vorstellung der Sommerspielzeit.
Ehrenabend zugunsten des gesamten Personals.
Einmaliges Gastspiel von Tilli Feiner v. Carl-Schultze Theater, Hamburg:
Der Soldat der Marie.

Gewerkschafts-Kartell, Lübeck.
Versammlung
d. Gewerkschaftsvorstände u. Kartelldelegierten
am Mittwoch, 19. September
abends 8 Uhr
Im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 2. Quartal 1917.
2. Stellungnahme zum Gewerkschaftshaus.
3. Eingänge.
Die Kartellkommission.
NB. Zu dieser Versammlung wird die Gewerkschaftshauskommission eingeladen. D. O.

Gewerkschaftskartell Lübeck.
Voranzeige.
Am Sonntag, dem 7. Oktober,
nachmittags 3 Uhr: (2685)
Vorstellung im Hansa-Theater
Die im Schatten leben.
Drama in vier Akten von Emil Rosenow.
Preis 50 Pf. einschließlich Garderobe.
Die Auslosung der Plätze erfolgt am Sonnabend, dem 6. Oktober, von 6 1/2 bis 9 Uhr abends im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50.
Kartenvorverkauf im Gewerkschaftshaus, Partei-sekretariat, Expedition des „Lübecker Volksboten“, in den Verkaufsstellen des Konsumvereins und bei den Gewerkschaftskassierern.
Freundlichst ladet ein Die Kartellkommission.

Die Zentrale vom Holten Kreise...
Bier...
Kartell...
Lübeck

Birnen
Beurre gris Pfund 35 Pf. gelbe Saugarten 17 Pf. bei 20 Bld. 15 Pf. 81a Haplar, Rosenz. 16.
Hermann Vob, Karbacher, Bldstr. 71.

Die schönste, kleinste Erinnerung
für eine Familie und zugleich der vornehmste Zimmerschmuck ist und bleibt ein naturgetreues
Portrait-Vergrößerungen
in allen Verfahren.
Lübecker Institut für Portrait-Vergrößerungen
Inh.: Paul Waracke
Lübeck Gr. Bahnhof 11.
Musteransstellung: vom 1. Oktober, 30 nur bis 1. Oktober, dann Gr. Bahnhof 11.

Sozialistische Dokumente des Weltkrieges.
Eine Darstellung der Haltung der organisierten Arbeiter aller Länder zum Weltkrieg, mit kurzen geschichtlichen und welpolitischen Einleitungen.
I. Heft: Politik und Krieg — Grundzüge der englischen Politik.
Von M. Beer.
Preis 10 Pf.
Buchh. Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.

Entscheidung über Krieg und Frieden durch das Volk.

Die Konservativen und andere Leute, die nichts lernen und nichts von ihren Vorrechten aufgeben wollen, überschütten die Mehrheitsparteien des Reichstages und insbesondere die Sozialdemokratie tagtäglich mit wilden Anschuldigungen, daß sie die Rechte der Monarchie in den Staub ziehen und die bewährtesten Grundlagen des deutschen Staates untergraben wollen. Die nach konservativ-alldeutschem Vamonto ungeheuerlichste Anmaßung der Demokratie soll es sein, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden, das heißt über die ganze Zukunft der Nation, nicht von einem einzelnen allein und seinen wenigen Ratgebern, sondern durch die geordnete Vertretung des Volkes selbst erfolgen soll.

Nun ist es sehr interessant, daß jetzt der deutsche Kaiser selbst als klassischer Zeuge auftritt für die volle Berechtigung unserer demokratischen Forderung. Es ist bereits aus dem Depeschenwechsel zwischen dem Kaiser und dem Zaren in den Jahren 1904/05 auch die Depesche an den damaligen Zaren in kurzer Fassung bekannt geworden, in der der Kaiser dem Zaren riet, bei der Entscheidung über die Frage, ob der Krieg gegen Japan fortgesetzt oder ob Frieden geschlossen werden soll, die Große Duma zu berufen und in deren Hand die Entscheidung zu legen. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht jetzt jene Depesche des Kaisers vom 20. August 1905 im Wortlaut und bemerkt dazu, es sei bezeichnend, daß die Entente gerade diese Depesche nicht in vollem Wortlaut wiedergegeben hat, sondern sich begnügte, sie nur nebenbei zu erwähnen; „ihr Inhalt ist ihnen anscheinend unbedeuten, weil er so ganz und gar nicht mit der Behauptung in Einklang gebracht werden kann, daß die deutsche Monarchie der Hort einer freiheitsfeindlichen, die natürlichen Rechte des Volkes mißachtenden Willkürherrschaft sei.“

In der Tat ist diese Depesche recht bemerkenswert und hat auch für die Auseinandersetzungen Bedeutung, die in heutiger Zeit bei uns über parlamentarische System und Demokratie stattfinden. Sie lautet:

„Mein Botschafter meldet mir jedoch, daß Du die Veröffentlichung des Dekrets befohlen hast, das die Einberufung der Großen Duma betrifft. Die Statuten setzen in den Grundgesetzen dem Staatsrat ähnlich, was ihr die Eigenschaft einer beratenden Körperschaft verleiht. Ich bitte Dich, meine wärmsten Glückwünsche zu diesem großen Schritt nach vorwärts in der Entwicklung Rußlands anzunehmen.“

Aus den Zeitungen ersehe ich, daß im allgemeinen die Friedensverhandlungen befriedigend fortgeschritten, aber daß einige Punkte vorliegen, die gewisse Schwierigkeiten für die Einigung bieten. Du Deine endgültige Entscheidung für den Frieden über für die Fortsetzung des Krieges trifft — die letztere würde von weitreichenden Folgen sein, die in ihrem Endergebnis schwer voraussagen zu können sind, und unzählige Menschenleben, Blut und Geld kosten —, wäre es, wie mir scheint, ein ausgezeichnetes Verfahren, wenn Du diese Frage erst der Großen Duma vorlegen würdest. Da diese das russische Volk vertritt, wäre ihre Antwort die Stimme Rußlands.

Wenn sie sich für den Frieden entscheidet, so bist Du durch das Volk ermächtigt, auf Grund der Deinen Delegierten in Washington unterbreiteten Vorschläge Frieden zu schließen. Wenn sie, also Rußland selbst, dessen Ehre für gewahrt hält, so kannst Du Dein Schwert in die Scheide stecken mit den schönen Worten Franz I.: „Alles ist verloren außer der Ehre!“ Niemand in Deiner Armee, in Deinem Lande oder in der übrigen Welt hat ein Recht, Dich für diese Handlung zu tadeln.

Wenn andererseits die Duma die Vorschläge für unannehmbar erachtet und die japanische Regierung sich weigert, auf einer anderen Basis zu verhandeln, dann wiederum ist es Rußland selbst, das durch die Stimme der Duma Dich, seinen Kaiser, auffordert, den Kampf fortzusetzen. Dadurch würde sie die volle Verantwortung für die gesamten Folgen auf sich nehmen und Dich ein für allemal vor der Welt und vor der Geschichte in Zukunft vor dem Vorwurf schützen, daß Du Tausende von vaterlandsliebenden Söhnen ohne das Land zu fragen oder gar gegen ihren Willen geopfert hättest.

Dies wird Deiner persönlichen Tat eine große Bucht und Kraft verleihen, da Du Dich durch den Willen der Gesamtheit Deines Volkes getragen fühlen wirst, das entschlossen ist, bis zum bitteren Ende zu kämpfen, ohne Zeitaufwand, Verluste und Entbehrungen zu scheuen. Nur unter solchen Bedingungen läßt sich der Krieg fortsetzen.

Ich würde an Deiner Stelle nicht diese erste und günstige Gelegenheit vorbeigehen lassen, mit dem Empfinden und Willen Deines Landes in Bezug auf Krieg und Frieden enge Fühlung zu gewinnen, indem Du dem russischen Volke die langgewünschte Möglichkeit gibst, die Entscheidung über seine Zukunft selbst zu treffen oder an dieser Entscheidung teilzunehmen, wozu es ein positives Recht hat. Du würdest auch der Duma logisch eine gute Gelegenheit geben, zu arbeiten, zu zeigen, was sie vermag, und darzutun, ob sie die Erwartungen, die jeder auf sie setzt, erfüllt.

Die Entscheidungen, die zu treffen sind, sind in ihren Folgen so fürchtbar ernst und so weitreichend, daß es ganz unmöglich ist für irgend einen sterblichen Herrscher, die Verantwortung dafür auf seine eigenen Schultern zu nehmen, ohne die Hilfe und den Rat seines Volkes! Möge Gott mit Dir sein! Bezüglich nicht die Beförderung der Linientruppen gegenüber der Garde!

Mutter- und Säuglingschutz.

Am 26. September d. J. tritt der Reichstag zu einer kurzen Beratung zusammen. Auch gesetzliche Maßnahmen zur Bevölkerungsfrage sollen verhandelt werden. Schon in den letzten Jahren vor dem Kriege zeigte sich in Deutschland ein zunehmender Rückgang des Geburtenüberschusses. Der Krieg hat die Aussichten nicht verbessert. Hunderttausende von Männern im kräftigsten Alter sind gefallen, Tausende anderer haben durch die Strapazen des Krieges erhebliche Einbußen an Lebenskraft erlitten. Verminderte Eheschließungen und Rückgang der Geburten wird für die nächsten Jahre die unausweichliche Folge sein. Wir sehen an Frankreich, welches Schicksal ein Volk hat, dessen Geburtenüberschuss sich ständig senkt. Es ist daher zu begrüßen, daß endlich auch die Gesetzgebung sich ansieht, diesem Problem ihr Interesse zuzuwenden. Ob und inwieweit die vielen bisher gemachten Vorschläge zur Bekämpfung der Ehe- und Kinderlosigkeit praktischen Erfolg versprechen, soll hier nicht untersucht werden. Die Frage aller Fragen scheint uns die zu sein: Wie kann der fürchtbaren Sterblichkeit der Säuglinge Einhalt geboten werden?

Die amtliche Statistik des Deutschen Reiches gibt in ihren trodden Zahlenreihen ein graufiges Bild über den Umfang der Todesopfer unter den jüngsten Menschenkindern. Lebt sie doch, daß die Sterblichkeit der Kinder im ersten Lebensjahre am höchsten unter allen Altersklassen ist und kaum übertrieben wird von der Sterblichkeit des Greisenalters. Das Deutsche Reich zählt nach der letzten Volkszählung 68 Millionen Einwohner. Davon stehen 1,7 Millionen im Säuglingsalter und 7,7 Millionen im zweiten bis sechsten Lebensjahre. Die Säuglinge bilden also etwa den vierzehnten Teil der Gesamtbevölkerung; aber unter den Toten nimmt diese Altersklasse mehr als den vierten Teil für sich in Anspruch, ein Mißverhältnis, wie es ärger nicht gedacht werden kann. Allerdings geht die Säuglingssterblichkeit in Deutschland ständig zurück. Wenn wir hinzurechnen, welche reichliche Ernte der Tod außerdem in den Reihen der weiteren fünf Jahrgänge des Kindesalters findet, dann erhalten wir einen Begriff von den erschreckenden Einbußen an Volkskraft, nicht zu gedenken des persönlichen Leids und Kummers Tausender trauernder Eltern. So sind beispielsweise im Jahre 1901, von dem an die reichsstatistischen Erhebungen beginnen, im Deutschen Reich 1 060 798 Personen gestorben; von diesen hatten 277 169 das erste Lebensjahr 363 130 das sechste Lebensjahr noch nicht vollendet. Von je 100 Sterbefällen kamen also 67,8 auf die Altersklassen bis zu sechs Jahren.

Zahlen sind trocken, aber Zahlen müssen genannt werden, weil sie am klarsten die Grausamkeit der Tatsachen entüllen und aus tatenlosem Verhalten aufwecken. Und das tut not, denn Gemeint ist der Gedanke der dringend notwendigen Hilfe auf diesem Gebiete noch nicht geworden. Dies ist umso bedauerlicher, als wir ganz genau wissen, daß die Herabminderung der Säuglingssterblichkeit keineswegs ein für uns unerreichbares Ziel ist. Das lehrt ein Blick auf die Sterblichkeitsrate der Säuglinge in anderen Ländern. Da steht Norwegen mit einer Sterblichkeit von 6,8 Proz. am günstigsten da. Deutschlands Sterblichkeitsrate der Säuglinge wird nur übertrieben von Rußland, Rumänien, Oesterreich-Ungarn, Spanien, Serbien und Bulgarien.

Es ist noch nicht zu lange her, da die Fachwissenschaft noch fest davon überzeugt war, daß die Sterblichkeit der jungen Menschen

eine natürliche Auslese zur Verbesserung des Menschengeschlechts darstelle. Nur die Gebunden und Kräftigen sollen am Leben bleiben, die Lebensschwachen aber sterben. Dies sei eine von der Natur gewollte Selbsthilfe zur Vermeidung der Ueberbevölkerung. Lange konnte sich diese Lehre behaupten; erst die neuere Zeit erbrachte den Beweis der Unrichtigkeit dieser Theorie. Nicht zum mindesten die zuerst in Frankreich auftretende Angst vor der Entvölkerung des Landes hat gelehrt, den Massenlod der jungen Kinder mehr und mehr als ein nationales Unglück zu betrachten. Das Gesetz der natürlichen Auslese und der Qualitätsverbesserung des Menschengeschlechts wurde wankend, als kritische Gelehrte nachwiesen, daß in den Gegenden mit größter Kindersterblichkeit, also größter Auslese, keineswegs besonders kräftige und gesunde Erwachsene übrigblieben, sondern daß im Gegenteil hier z. B. auch die Militärtauglichkeit eine besonders geringe sei. Die größte Besche in die irrige Ansicht schlug aber die Erkenntnis, daß, wie Beobachtungen Berliner Statistiken einwandfrei bewies, vornehmlich die Kleinkinder starben, während die Brustkinder sich gesund und kräftig entwickelten. Jetzt war mit einem Male Licht in das Dunkel gebracht: Die Kinder werden bis auf wenig Ausnahmen gesund geboren; ihr vorzeitiges Sterben ist nicht auf angeborene Lebensschwäche, sondern auf Fehler in der Ernährung und Pflege und, war von besonderer Bedeutung ist, auf vermeintbare Fehler zurückzuführen. Die Sterblichkeit der Kleinkinder ist siebenmal so groß als die der Brustkinder. 70-80 Proz. aller Todesfälle im Säuglingsalter sind auf den Ausfall der Brustnahrung zurückzuführen.

An der Spitze jeglicher Fürsorgemaßnahme für den Säugling muß daher die uneingeschränkte Forderung stehen, dem Kinde die Mutterbrust zu erhalten. Die Durchführung der Fürsorge ist diesem vornehmlichsten Grundsatze, und nur diesem allein, anzupassen. Alle anderen Maßregeln, z. B. Versorgung des Kindes mit guter Nahrung, sind gegenüber der Erfüllung dieser Forderung von viel geringerer Wichtigkeit. Hier ist also der Angelpunkt, an dem eingegriffen werden muß. Die meisten Mütter würden gewiß gerne ihre heiligste Mutterpflicht erfüllen, wenn nicht die rauhe Lebensnot sie daran hinderte. Von dem geringen Prozentsatz derjenigen Frauen, die aus Bequemlichkeit und Eitelkeit diese ihre Pflicht vernachlässigen, kann hier abgesehen werden. Tausende von Neugeborenen gehen ihrer natürlichen Nahrung verlustig, weil die Mutter bald nach der Geburt die Erwerbstätigkeit außer dem Hause wieder aufnehmen muß. Welche Folgen das zeitigt, darüber gibt wieder die Statistik Auskunft. Nicht weniger als 52 Prozent aller Todesfälle im Säuglingsalter entfallen auf das erste Lebensvierteljahr, im zweiten sind es weitere 22 Prozent, im dritten 15 Proz. Neben und mit der Erwerbstätigkeit sind es natürlich noch andere Ursachen, die die Mütter der unbedeutendsten Klassen hindern, ihren Kindern die Brustnahrung zuzuführen: Angenügende und ungeeignete Ernährung, die Mängel der Schwangerschaft, schlechte Pflege, Kummer und Sorge (namentlich bei unehelichen Müttern) setzen die Stillmöglichkeit herab. Darum sind es in erster Linie die Proletariatsmütter, deren Kinder im frühesten Alter dem Tode zum Opfer fallen.

Den Säuglingen der Mittel- und Arbeiterklassen hat also vor allem die Fürsorge zu gelten. Etwa die Hälfte aller Säuglinge ist in ihren Daseinsbedingungen gefährdet, daher als fürsorgebedürftig zu bezeichnen. Riesengroß ist die Aufgabe, die hier zu bewältigen ist. Nur die Gesetzgebung und die öffentlichen Gewalten können sie lösen. Die Schaffung einer umfassenden gesicherten Mutter- und Säuglingsfürsorge ist nötig; Sorge für die Mutter vor und nach der Entbindung, Befreiung von gewerblicher Arbeit für genügend lange Zeit, Fürsorge dem Säugling im ersten Lebensjahre, Errichtung von Krippen, Säuglingsheimen, kostenlose ärztliche Hilfe, Genahrung von Stillgebern und sonstigen Unterführungen (offiziell von Staat und Gemeinde — nicht als Armenunterstützung). Dazu Belehrung der Frauen und Mädchen über richtige und zweckmäßige Aufzucht der Kinder. Besondere Fürsorge für die uneheliche Mutter und deren Kind. Das sind einige der Maßnahmen, die zu ergreifen wären. Deren Ausführung kostet aber Geld, viel Geld. Wir opfern aber jetzt viele Milliarden zur Verächtlichung von Leben; mit einer Milliarde könnte hier viel Leben erhalten werden. Aber auch jetzt greift man wieder zu dem üblichen Mittel der öffentlichen Sammlung. In der nächsten Zeit werden an jenen „Opfertagen“ im ganzen Reich Sammlungen stattfinden, deren Erlös für Säuglinge- und Kleinkinderfürsorge Verwendung finden sollen. Wie wir der privaten Wohltätigkeit gegenüberstehen, braucht hier nicht erörtert zu werden. Reich, Staat und Gemeinde haben nach unserer Auffassung die Pflicht und auch allein die finanziellen und sonstigen Machtvollkommenheiten und Kräfte, eine so ungeheure Aufgabe zu lösen. Immerhin haben wir keine Ursache, uns der Vereinnahmung, die sich zum Zweck der Sammlung und der späteren praktischen Betätigung der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge gebildet hat, ablehnend ge-

Treue siegt.

Eine Geschichte von der See.
Von Edmund Hoefler.

27. Fortsetzung.

VIII.

Ein plötzlicher Umschlag.

Der Wagen fuhr aus Gultow hinaus auf den „alten Damm“. Der Trab der Pferde wurde ein gemächlicher, und der Kutsher, der bisher die Getreidefelder und Wiesen seiner Beobachtung und Beaufsichtigung unterworfen und im Dorfe auch wohl hie und da einen Bekannten begrüßt hatte, fing an, seine Aufmerksamkeit der Straße zuzuwenden und den Zustand derselben, soweit er's vermochte, mit den Augen im voraus zu sondieren. Das Unwetter, das wir vor einigen Tagen gerade über diese Gegend mit seinem ganzen Ungeheuer hinbrausen sah, hatte Spuren hinterlassen, welche Wind und Sonne nicht auszulöschen vermochten; der schwere Regen hatte noch mehr Steine losgewaschen und hin und wieder stand das trübe Wasser noch in ganzen Lachen oder in den Vertiefungen entlang und machte die Fahrt unsicher.

„S ist doch ein faderntlicher Weg“, sagte der Kutsher, da der Wagen gerade an der alten Sturmweide vorüberfuhr, und trotz aller Vorkehrungen einen tüchtigen Stoß erlitt, weil die Räder der rechten Seite über ein paar heruntergerollte Steine rollten. „Da soll der Knaut neulich gestürzt sein, hör' ich, und es ist kein Wunder. Soll sich freuen, daß er sich nicht Arm und Beine kaputt geschlagen bei seinem Jagen.“

„Hast du ihn in der Stadt gesehen?“ fragte der Magister, der bisher schweigend in seiner Ecke gelehnt hatte, und die Augen mit einem zerstreuten Blick über die, heut nachmittag wunderbar friedliche, blaue See hinstreifen ließ, bis der erwähnte Stoß ihn in die Höhe warf und zu einem Laut veranlaßte, der seinen Freund, den Oberamtmann, von neuem überrascht haben würde. Beim Kutsher war das nicht der Fall, derselbe kannte seinen Herrn besser, und statt sich zu verwundern, begann er vorsichtigerweise das Gespräch, um allen etwaigen Vorwürfen auszuweichen.

„Jawohl“, verlegte er auch jetzt mit einer gewissen Angelegenheitlichkeit. „Er hat unsern Wagen vor dem Hause stehen sehen, und da kam er herein und redete ein wenig mit mir. Er hinkt noch, Herr Magister, und ist fußsteifenwid.“

„Weshalb reitet er so unsinnig!“

„Ja, er hat wohl gemerkt, Herr. Er sieht das Boot heranzukommen und anlegen — wozu, das war ja fadengerade. So ist er darauf losgeritten auf Tod und Leben, er hat zuletzt schon einen von den jungen Eichen herüberlaufen sehen. Da ist er aber gerast, daß ihm die Sinne vergangen sind, und als er sie wieder

bet einander hatte, war das Boot fort, und ich soll Ihnen sagen, Herr, seine Schuld sei's nicht, daß er nichts habe tun können.“

Durch das Gesicht des Pfarrers gleit ein Zug der unangenehmsten Ueberzeugung. „Was soll das dumme Geschwätz?“ fragte er barsch. „Was geht das mich an?“

Der Kutsher beachtete wiederum vorsichtigerweise diese Unterbrechung nicht. „Und Sie möchten sich nur vor dem Caspar Peers in acht nehmen“, fuhr er in seinem Bericht fort, „der sei all die Freundschaft nicht wert, sondern —“

„Wie kam er denn auf Caspar?“ fiel Stemann hörbar intereffiert ein.

„Er, der ist ihm ja nach dem Sturz zu Hilfe gekommen, und der Herr Oberförster von Jagersruh auch. Und es ist ihm kurios genug gewesen, daß die beiden gerade so ganz in der Nähe gesteckt sind. Er hat auch die Anzeige gemacht, aber nichts mehr davon gehört, als daß richtig der Herr Oberförster es gewesen ist, der den — Mann mit seinem Wagen in die Stadt geschickt hat. Und er hat gemeint, wenn die Menschheit so den Bagabunden und Verbrechern zu Hilfe kommen dürfe, da solle der Teufel seinen Dienst holen, und wenn das durchgehe, da höre alles auf.“ Dem Caspar Peers woll' er es aber schon einmal anhörschen —“

„Wo Caspar und der Herr Oberförster?“ murrte der Magister in einem Tone, der bewies, daß die Worte nicht für den Kutsher berechnet, sondern nur, sei es der Anfang, sei es ein Glied einer ganzen Reihe von Gedanken und Vorstellungen waren, welche durch das Murren in die Geisteswelt erweckt wurden. Daß dieselben keine gleichgültigen, noch schnell abgetan waren, erkannte man gut genug aus den Schattien auf des Geistlichen Stirne und aus der Stille, in der er verharrte. Erst nach einer langen Pause sagte er, noch immer in gedankenvollem Tone: „wo denn eigentlich wohl der Caspar steckt? Ist er noch G. zurück? Ich habe gar nichts mehr von ihm gehört, und doch muß er bei dieser Sache befragt werden.“

„Ja, Herr Magister, der Knaut wunderte sich auch darüber“, entgegnete der Kutsher, indem er die Pferde, welche seither vom Trabe zum langsamem Schritt übergegangen waren, vor einer großen Wasserlache rechts auf den, gerade an dieser Stelle viel höheren Damm hinaufführte. War die Steigung und Biegung aber allzu stark, oder wurde der Wagen nicht mit der notwendigen Gewandtheit geleitet — als das Vorderrad sich eben über die Steine erhoben hatte, gab es plötzlich einen starken und zugleich scharfen Klang, und die Seite, auf welcher der Pfarrer saß, senkte sich so jääh, daß der Herr beinahe über den Rand der Bank hinausgeschoben wäre.

„Berwünschter Kerl, was machst du?“ rief der Magister noch grimmiger, als er vorher war.

Der Wagen stand, der Kutsher war schon vom Vordersteig und untersuchte den Schaden. „Die Seite ist kaputt, morsch entsprungen, wie

Glas!“ rapportierte er, und fügte in der nächsten Sekunde, ohne sich um seine Stellung als Kutsher eines Gefährlichen zu kümmern, einen Fluch hinzu, wie ihn der „alte Damm“ schwerlich jemals geminimter herbeigerufen und vernommen hätte.

Der Magister löste die Sitzbänke und warf sie zurück. Er stieg ab und untersuchte nun, auch keinerlei das geschehene Unglück. Und als er sich wieder aufrichtete, sprach er kaum weniger grimmig: „Jetzt schaffe Rat, du ungeheurer Teufel! Eine Stunde bis nach Hause, und der Bittel hält keine hundert Schritte mehr zusammen! Aber verlaß dich darauf, dein Lohn wird's empfinden!“

„Das mag der Herr Magister schon probieren, aber ich werde mich verdammt sträuben“, entgegnete der Kutsher, jetzt auch keinerlei groß und mit grimmigem Blick auf seinen Herrn. „Auf jedem Nordweg soll mir einer was von ungeheuerlichem Teufel sagen! Und wir wollen schon sehen, wer Recht behält.“

Stemann schien ein zorniges Wort aus den Lippen zu haben. Dasselbe wurde aber vernünftigerweise zurückgehalten, denn daß er sich mit dem Menschen hier nicht auf einen Streit einlassen dürfte, begriff er am Ende noch, trotz aller Gereiztheit. „Also sieh zu, was du anstellst“, redete er um vieles gemächlicher, ja bereits wieder mit einer gewissen Würde. „Daß ich nicht nach Hause gehen kann, ist sicher genug, und daß ich dir bei der Reparatur nicht helfen kann, ebenfalls. Mein alter Schaden mach's mir unmöglich.“

Der Kutsher murrte etwas, das nicht übermäßig respektvoll klang, machte sich jedoch, nachdem er sich fahrend umgesehen, daran, einen am Grabenaufer vorgefundnen Zaunpfahl mit einem Messer zu bearbeiten, ein in Aufhebung des Instrumentes konzentriertes und abendrein voraussichtlich ziemlich unfruchtbares Geschäft, denn sehr tragfähig war das Holz nicht mehr. Er schaute bei der Arbeit immer nach einem Helfer aus, allein das sollte, wie es schien, vergeblich bleiben. Denn am ganzen Strande entlang zeigte sich keine Menschenseele — es gab freilich trotz der Ebenheit der Gegend gerade am „alten Damm“ Hindernisse genug, welche eine rechte Rundschau erschwerten, — und die Fischerboote, welche hie und da im Meerbusen sichtbar wurden, waren unter solchen Umständen nie nicht vorhanden. Ihre Insassen kamen schwerlich hierher ans Land oder auch nur so nahe, daß man sie hätte rufen können.

Indessen schien das Unglück sich erschöpft zu haben. Von Rastig her, welches man, wie wir wissen, von dieser Stelle aus, obgleich die ersten Häuser verschwand waren, gut genug erblickt konnte, kam in raschem Tempo ein Wagen, der in weniger als einer halben Stunde heran sein mußte, und nicht genug damit, sah der Magister, als er zufällig nach rückwärts schaute, auch hier einen Kothier heranziehen, der schon bedenklich näher war.

(Fortsetzung folgt.)

genüberzustellen; ihre Bestrebungen haben unsere vollste Sympathie. Es ist ja nicht das erstemal, daß private Initiative der staatlichen voraussetzt, diese antreibt und fördert, ihr den Weg ebnet und sie zwingt, ihr zu folgen. Von diesem Gesichtspunkte aus darf man jene als willkommenen Vorläufer späterer öffentlich-rechtlicher Einrichtungen betrachten.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Sozialdemokratischer Wahlrechtsantrag in Berlin.

Die sozialdemokratische Fraktion hat der Berliner Stadtverordnetenversammlung folgenden Antrag unterbreitet:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, an den preussischen Landtag namens der Stadtgemeinde eine Petition zu richten, in der die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Gemeindevahlrechts, nach dem System der Verhältniswahlen für alle über zwanzig Jahre alten Einwohner der Gemeinde ohne Unterschied des Geschlechts und unter Aufhebung aller Vorrechte des Besitzes gefordert wird.“

Dieser Antrag wird die Berliner Stadtverordneten-Versammlung in ihrer nächsten Sitzung beschäftigen.

Gemeingefährlich.

Nach einer Mitteilung der alldeutschen „Berliner Neuesten Nachrichten“ wird in Pforzheim ein „Offener Brief an den Reichskanzler“ vorbereitet, der folgende Einleitung hat:

„Die unterzeichneten, vaterländisch gesinnten Männer aller Parteien, Stände, Gesellschaftskreise und Bekenntnisse, erlauben sich, an den Herrn Reichskanzler die Bitte zu richten: er möge sich in seiner Arbeit um einen deutschen Frieden nicht betreten lassen durch die Bestrebungen der sogenannten Führer der Reichstagsmehrheit.“

Neun Gründe werden für diese Bitte aufgeführt. Der vierte Grund lautet: „Hinter den Männern, die den Reichskanzler zum Anerbieten eines Verzichtfriedens zwingen wollen, steht nur eine geringe Mehrheit des deutschen Volkes, die aus Sehnsucht nach Frieden schließlich zu einem Frieden um jeden Preis bereit wäre.“

Am Schluß des Offenen Briefes heißt es: „Wir wiederholen unsere Bitte an den Herrn Reichskanzler, sich nicht zu einem faulen Frieden zwingen zu lassen. Wenn er das unzulässig erklärt, dann wird er das ganze Volk hinter sich haben, die Begeisterung wird neu aufflammen, die neue Kriegsanleihe wird neue Erfolge haben, wenn das deutsche Volk weiß, daß es für seinen Bestand kämpft, der nur durch eine deutsche Friedenseinigung gesichert werden kann.“

Die Alldeutschen gehen aufs Ganze. Das geht auch aus einem Bericht hervor, den wir in den „Danziger Neuesten Nachrichten“ vom 13. September über die Gründung eines Landesvereins Westpreußen der „Deutschen Vaterlandspartei“ finden. Die Gründung wurde in Danzig vorgenommen. Der Leiter der Versammlung sprach zunächst die Hoffnung aus, daß es der deutschen Vaterlandspartei gelingen möge, der Regierung für die derzeitigen Friedensverhandlungen den Rücken zu stärken. Dann hielt der Landeshauptmann Freiherr Senft v. Pilsach einen Vortrag. Nach diesem folgte eine Aussprache, in der als erster Redner der Generallandwirtschaftsdirektor Meyer-Rottmannsdorf sagte, ihm sei ein Stein von der Seele gefallen, als er den Königsberger Aufruf gelesen. Als er damals die Friedensstimmung des Reichstages gesehen habe, hätte er nicht geglaubt, im Deutschen Reich zu sein, sondern in einer Diktatoranarchie. Den amerikanischen Präsidenten Wilson nannte er einen Lumpen, und hinsichtlich des Bürgerfriedens sagte er gegenüber einer Bemerkung der liberalen Blätter: der Bürgerfriede sei geprägt in der ersten Kriegszeit, als es das Heil des Vaterlandes galt, in einer Zeit, als von Friedensbedingungen nicht die Rede war. Hier stillschweigend wäre Landesverrat.

Es fehlt nur noch, daß sich ein deutscher General Kornilow findet, der den Reichstag auseinanderzujagen gewillt ist.

Wahlrechtsdebatte im Leipziger Stadtverordnetenkollegium.

Beim Ausbruch von Leipziger Munitionsarbeitern im April d. J. wurde von den Unabhängigen Sozialisten eine Eingabe an das Stadtverordnetenkollegium gerichtet, die das allgemeine gleiche Wahlrecht für alle 20jährigen Männer und Frauen forderte. Von der Annahme dieser Petition machten die Petenten die Wiederaufnahme der Arbeit abhängig. Weitere Eingaben kamen aber dann noch von verschiedenen Seiten, die am Mittwoch in öffentlicher Sitzung zur Beratung standen. Der vorberathende Ausschuss hatte die sämtlichen Eingaben abgelehnt; er beantragte, die Dreiklassen-Einteilung etwas zugunsten der geringeren Einkommen zu verändern und die Verhältniswahl einzuführen. Es sollen nach dem Ausschussantrage, der mit Mehrheit angenommen wurde, die erste Klasse mit 10 Proz., die zweite mit 25 Prozent und die dritte mit 65 Proz. der Wähler beteiligt werden, während bisher die erste Klasse 5 Proz., die zweite 15 Proz. und die dritte 80 Proz. Wähler aufwies. Von unserer Seite wurde darauf hingewiesen, daß die Eingabe der Unabhängigen mit den geltenden gesetzlichen Bestimmungen kollidierte und deshalb unzulässig sei. Wir beantragten, der Stadtrat möge auf der Abänderung der Gesetzesbestimmungen hinwirken. Bis zur erfolgten Abänderung des Gesetzes solle aber das allgemeine gleiche Bürgerwahlrecht mit Verhältniswahl eingeführt und dafür Dispens bei der Regierung nachgehakt werden. Die Vertreter der Unabhängigen behaupteten, daß die „Renorientierten“ wollten darauf hinwirken, daß auch diesmal wieder unter dem elendesten alle Wahlsysteme gewählt werden solle, worin sie sofort als elende Verleumder gekennzeichnet wurden. Sie führten dann noch eine Reihe Standpunkte auf, nannten die „Renorientierten“ ehrlos, weil sie ihre Mandate nicht niederlegten und behaupteten auch die Redakteure der „Freien Presse“. Auf diese Weise glauben die Unabhängigen die Arbeiterbewegung fördern zu können!

Begnadigt.

Am 17. Juli 1915 wurde in München der ehemalige reichslandische Abgeordnete Bergl, Jenstrassmüller der zweiten Kammer, wegen vollendeten Kriegsdienstes von Gericht der mobilen Klassenkommandantur zu 10 Jahren Zuchthaus und Ehrverlust verurteilt. Durch Gnadenakt wurde die Zuchthausstrafe in Gefängnis geändert. Weiter wurde vom Münchener Kommandanturgericht der ehemalige Reichsrichter Aker wegen verurteilten Kriegsdienstes am 10. April 1915 zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilt. Dem Verurteilten ist jetzt die noch zu verbüßende Strafe wegen guter Führung erlassen worden. Er befindet sich jetzt im Internierungslager in Holzheimen.

Die Kriegskosten unserer Feinde.

Von Prof. Dr. Willi Prion Berlin.

1. England.

England ist nicht nur wirtschaftlich, sondern auch finanziell der Kopf der Entente. Und es ist zweifellos bewundernswürdig, was England in dieser Rolle alles leistet. Man denke nur an die Durchführung des Handelskrieges (Schwarze Listen, Kontrolle der Neutralen), an die Versorgung des eigenen Landes wie der Verbündeten mit Lebensmitteln, Rohstoffen, Kriegsmaterialien, an die Herstellung von Munition, an die Dispositionen über den Frachtraum. Dazu kommt endlich die Aufbringung der finanziellen Mittel, die Bezahlung der Einkäufe im Ausland — auch für die Verbündeten. Aber wie die wirtschaftlichen Maßnahmen auf Schwierigkeiten stoßen (Frachtraumnot, Getreideverknappung, Arbeitsmangel und Hemmung der Ausfuhr), so machen auch die finanziellen Lasten nicht geringe Kopfschmerzen — dem reichen England.

Die gesamten Kriegskosten Englands betragen am 1. Oktober 1917 etwa 110 Milliarden Mark oder etwa 140 Millionen Mark pro Tag (gegen 100 Millionen Mark in Deutschland). Die aufgelaufener Kosten sind also schon höher als bei uns. Allerdings hat England insofern einen Vorsprung vor Deutschland, als es einen erheblichen Teil dieser Kosten — am 1. Oktober d. J. etwa 28 Milliarden Mark — durch laufende Einnahmen gedeckt hat. An diesen Einnahmen sind in erster Linie die Einkommen- und Kriegsgewinnsteuer beteiligt. Im laufenden Finanzjahr 1917/18 soll erstere nicht weniger als 4500 Millionen (das ist eine Steigerung von 3500 Millionen gegenüber dem Erträgnis von 950 Millionen Mark im Jahre 1913/14), die letztere ein solches von 4000 Millionen erbringen. Bei diesem zweifellos ansehnlichen Steuereinkommen ist jedoch nicht zu übersehen, daß die Einkommen pro Kopf der Bevölkerung in England von jeher sehr erheblich waren und im Kriege wegen des Mangels an Höchstpreisen sowie infolge Ueberverteilung der Verbündeten und Neutralen ganz gewaltig gesteigert werden konnten, und daß endlich andere Steuergewalten auf der Staat nicht auf das Einkommen zurückgreifen (wie dies bekanntlich in Deutschland der Fall ist).

Umso größer sind dagegen die Schwierigkeiten, die sich der Aufbringung der restlichen 80 Milliarden Mark Kriegsausgaben entgegenstellen haben und noch entgegenstellen. Bis Ende des Jahres 1916 waren von den damals auf außerordentliche Einnahmen angewiesenen 65 Milliarden Mark nur sage und schreie 16 Milliarden Mark durch feste Anleihen gedeckt. Nicht weniger als 32 Milliarden Mark waren auf dem Wege 3 bis 12 Monate laufender Schatzwechsel flüssig gemacht worden, während der Rest auf ein buntes Gemisch von 5- bis 6prozentigen Schatzscheinen, Kriegssparscheinen u. a. m. entfiel. Ueber 18 Monate lang hatte England die Auslegung einer festen Anleihe verschieben müssen, weil — wie der Finanzminister seinen Kritikern immer wieder zur Antwort geben mußte — „die Umstände einer Ausgabe nicht günstig waren“. In Wirklichkeit wartete er sehnsüchtig auf den entscheidenden Sieg an der Somme — und als dieser ausblieb, wurde es wieder ruhig um die große „Siegesanleihe“. Erst unter Friedensangebot führte dem englischen Finanzminister noch einmal bewußt vor Augen, was es heißt, dem Ende des Krieges mit 40 bis 50 Milliarden Mark kurzfristiger Schulden bedeckt entgegenzusehen.

So kam endlich im Februar 1917 die lang erwartete „große“ Siegesanleihe heraus. Sie war mit 5 Prozent Zinsen ausgestattet und wurde zu einem Kurse von 95 Prozent aufgelegt, also unter dem Ausgabekurs der deutschen Kriegsanleihen. Wie sehr sich England in diesem Kriege finanziell überhaupt verreckt hat, geht daraus hervor, daß die erste Anleihe mit 3½ Prozent, die zweite mit 4½ Prozent und jetzt die dritte Anleihe mit 5 Prozent, tatsächlich mit 5½ Prozent verzinst werden mußte. Daneben mußten eine Zeitlang sogar fünfjährige Schatzscheine zu 6 Prozent ausgegeben werden, nur um die dringend nötigen Mittel in die Kasse des Schatzamtes zu leiten. Das ist das reiche England, das vor dem Kriege das Land der 2½prozentigen Konzesse war! Um der jüngsten Anleihe einen möglichst großen Erfolg zu sichern, wurde der Umtausch der älteren Anleihen mit Vorteil für die Besitzer zugelassen, jedoch so, daß sie zugleich eine bestimmte Summe der neuen Anleihe über den eingetauschten Betrag hinaus zeichnen mußten. Außerdem sprach der englische Finanzminister ganz unumwunden die Drohung aus, daß zu Zwangsmitteln gegriffen würde, wenn nicht genügend Zeichnungen einlaufen sollten. ... Mit dem Ergebnis der 3. Anleihe erhöhte sich der Betrag der von England bis jetzt aufgebrauchten festen Anleihen auf etwa 45 Milliarden Mark (gegen 60 Milliarden im Deutschen Reich).

Zimmerhin: Wenn in England die Aufbringung der Kriegskosten auf dem Anleihewege Schwierigkeiten macht, so sieht dem Finanzminister daneben die Quelle des kurzfristigen Kredits offen, aus der er bequemer schöpfen kann. Der Schwerpunkt der englischen Verlegenheiten liegt jedoch — ebenso wie bei Frankreich — in den Zahlungen ans Ausland, nur mit dem Unterschied, daß sich England nicht, wie die übrigen Länder, an eine andere Geldleistung anlehnen kann — wenigstens dies nicht bis vor kurzem konnte.

England muß für Kriegslieferungen aller Art, für Lebensmittel und Rohstoffe gewaltige Summen ans Ausland, vor allem an Amerika zahlen. Die Abtragung dieser Schulden mit der Ausfuhr von englischen Waren ist nur zu einem geringen Teil möglich, da der englische Ausfuhrhandel durch die Einstellung der englischen Volkswirtschaft auf die Kriegsbedürfnisse stark eingeschränkt ist und der verbleibende Rest der Ausfuhr in der Hauptsache nach den verbündeten Ländern geht. Der — sichtbare — Einzahlungsüberschuss betrug im Jahre 1916 etwa 7 Milliarden Mark, im ersten Halbjahr 1917 sogar 4 Milliarden Mark — ohne die nicht unerhebliche Regierungseinnahme. Die Beschaffung von Zahlungsmitteln für die amerikanischen Lieferungen erfolgt und ist erfolgt durch Verkäufe und Verpfändung ausländischer Wertpapiere, (die das englische Schatzamt mit allen erdenklichen Mitteln an sich zu ziehen versucht), durch Eröffnung von Krediten und Aufnahme von Anleihen im Ausland (zu beschämenden Bedingungen u. a. in Amerika: 6 v. H. Zinsen und Hinterlegung von Wertpapieren in Höhe von 120 v. H. der Darlehenssumme), durch Verpfändung von Gold, das sich England von seinen Bundesgenossen, sogar von Japan und Rußland zusammengeholt hat. Im ganzen hat allein Amerika während des Krieges etwa sechs Milliarden Mark amerikanischer und anderer Wertpapiere zurückgekauft, etwa 10 Milliarden Mark Kredite aller Art an die Ententeländer gewährt und endlich etwa 4 Milliarden Mark Gold erhalten. Unter Anwendung dieser gewaltigen Anstrengungen ist es England gelungen, seinen Zahlungsverpflichtungen jeweils mit knapper Not gerecht zu werden und die Parität seines Wechselkurses einigermaßen anzuhängen zu erhalten. Mit dieser Stabilität der Wechselkurse prahlt England in aller Welt, und auch bei uns lassen sich viele Leute durch den günstigen Stand blenden. Sie übersehen eben, daß hinter der künstlichen Hochhaltung des englischen Wechselkurses ein gewaltiger Ausverkauf von Wertpapieren, die Gewährung tiefer Kredite steht, die vorläufig in der Schmeichelei und eines Tages abgelagert, d. h. zurückgezahlt werden müssen. Dieser Tag — ohne den entscheidenden Sieg — wird für England ein schwarzer Tag werden. Bis dahin steht sich England Tag für Tag vor die große Sorge gestellt, täglich Millionen für die Auslandszahlungen zu schaffen bzw. die Lieferanten zur Gewährung von Krediten genötigt zu machen.

Gegen Ende des Jahres 1916 ertuhr die außenfinanzielle Lage Englands eine kritische Zuspitzung, als die Kassacheförderung der amerikanischen Bundesregierung eine Warnung gegen die Uebernahme von langfristigen Obligationen der Kriegführenden ausgesprochen ließ. England befand sich in diesem Augenblick weder genügend Gold noch Wertpapiere, um seinen und seiner Verbündeten Verpflichtungen in Amerika anders als durch Kredite nachkommen zu können. Es sah sich daher gezwungen, seinen Bundesgenossen Japan (der den Krieg der finanzielle Kostgänger Englands gewesen war) zum zweiten Male anzupöbeln und von ihm 100 Millionen Yen zum Rückkauf von Wertpapieren zu lassen.

In diesen Augenblick trat Amerika offiziell in den Krieg ein. England empfand dieses Ereignis als eine Befreiung von einem drückenden Alp. Dem englischen Finanzminister erschlüßte das Wort: „Wir können Amerika nicht genug dankbar sein für die Schnelligkeit, mit der es uns zu Hilfe gekommen ist.“ Amerika hat sich bereit erklärt, die Ausfuhr aus den Vereinigten Staaten zu finanzieren. Das bedeutet für England, daß Amerika die Vorfinanzierungen an die Verbündeten übernimmt und außerdem England Mittel für seine Einkäufe in Amerika zur Verfügung stellt. Für England zweifellos eine große Erleichterung, denn außerfinanziellen Lage. Diese Erleichterung im Pumpen bedeutet aber keine Verringerung der Schulden, keinen Erlaß der Schuldentilgung und Zinszahlung. Die Kosten der amerikanischen Munitionslieferungen müssen nach wie vor von der Entente getragen werden. Die Schulden steigen mit jedem Tag weiter, den der Krieg dauert, und England wird Jahrzehnte damit zu tun haben, aus der Schuldverschuldung des neuen Verbündeten herauszukommen, — der sich inzwischen mit großem Geschick bemüht, seinen Dollar an die Stelle des Pfund Sterling im Weltverkehr zu setzen.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Die Kohlenausfuhr nach Holland

ist wieder aufgenommen worden.

Aufdeckung einer Spionageorganisation der Entente?

Die „Stockholms Dagbladet“ aus Malmö meldet, gelang es der deutschen Grenzpolizei einer bereits seit 1915 arbeitenden Spionageorganisation der Entente auf die Spur zu kommen, deren Fäden sich über Holland und die Schweiz, auch über Skandinavien, verzweigten. Wie verlautet, sind durch das gesammelte Material mehrere Vertretungen von Ententeregierungen in Schweden, Dänemark und Holland kompromittiert. Unter anderem gelang es, diejenigen Personen zu ermitteln, die in verschiedenen Zeitabschnitten die in Skandinavien betriebene Spionageorganisation leiteten.

Es handelt sich um eine in Deutschland betriebene Spionage, die nicht nur militärische, sondern auch Handels- und Landwirtschaftsverhältnisse umfaßte und sich für ihre ins Ausland gelangenden Mitteilungen teilweise einer unüßbaren Schrift, teils gewisser scheinbar harmloser Geschäftsanzeigen in den ins Ausland gelangenden deutschen Tageszeitungen bediente. Die Unterjochung der Angelegenheiten nähert sich dem Abschluß. Das Blatt kündigt aufsehenerregende Enthüllungen an.

Warum?

Der Präsident Brasiliens soll nach der „Agencia Stefani“ sein Amt an den Vizepräsidenten Santos abgetreten haben.

Aus der Partei.

Der kluge Gastwirt von Militisch. In Liegnitz, Ohlau, Rotfischen, Rügenau, Schmiedefeld sowie in Lüben fanden an den letzten Sonntagen sehr gut besuchte Versammlungen für den Verbandsjugendtag statt. Obwohl in drei der Versammlungen alldeutsche Diszussionsredner unseren Genossen entgegentraten, wurden die Entschlüsse für die Resolution der Reichstagsmehrheit und für die Demokratisierung überall einstimmig oder gegen ganz vereinzelte Stimmen angenommen. Die Versammlungen sind als Anzeichen für die Volkstimmung von besonderem Interesse. An allen von den Alldeutschen mit großem Tamtam ins Werk gesetzten Kundgebungen ist die Beteiligung sehr mäßig; unsere Gegenversammlungen, die von der Bevölkerung gewünscht wurden, wiesen doppelt bis viermal so viel Teilnehmer auf. Ein unbeachtliches Urteil über die Stellung der breiten Volksschichten gab der Wirt des Gasthauses in Militisch ab, wo Herr v. Hedenbrand seine neueste Prophezeiungsrede gehalten hatte. Als er sein Lokal auch uns zu einer Versammlung geben sollte, antwortete er, für die Anhänger des Verbandsjugendtagfriedens sei sein Lokal viel zu klein!

Genosse Bauer-Wien kehrt aus der Gefangenschaft zurück. Die Wiener „Arbeiterzeitung“ kann den Parteigenossen die freudige Mitteilung machen, daß Genosse Dr. Otto Bauer, der Ende 1914 in russische Kriegsgefangenschaft geriet, nach Oesterreich zurückkehrt. Er ist als Austauschgefangener bereits in Briz angeklagt und dürfte diese Woche in Wien eintreffen.

Aus Nah und Fern.

Entdeckter Frauenmord. Eine Zimmervermieterin in Berlin entdeckte zufällig in dem Zimmer ihres Mieters in einem Kleiderkasten eine nackte Frauenleiche. Die Polizei wurde benachrichtigt, das 56. Polizei alarmierte die Mordkommission, und während nach die Mordkommission der Kriminalpolizei mit der Feststellung des Tatbestandes an Ort und Stelle beschäftigt war, erschien der Inhaber des Zimmers, der bis zum Augenblick noch nicht wußte, daß die Tat bereits entdeckt war. Er wurde verhaftet. Der Leiche gegenübergestellt, gestand er unter dem Druck der Verhältnisse die Tat ein und gab an, daß er dieses Mädchen bereits seit einiger Zeit erkannt habe, daß sie ihn seit Wochen mit Liebesanträgen verfolgte, und daß er nur den Vornamen des Mädchens, Lucie, kenne. Er habe das Mädchen am Donnerstagabend in einem Café am Kurfürstendamm getroffen, sie sei mit ihm in die Wohnung gegangen und habe von ihm verlangt, daß er sein bisheriges Verhältnis zu ihren Gunsten löse. Hierauf sei er mit dem Mädchen in Streit geraten, er habe auf sie eingeschlagen und sie gewürgt, bis sie unter seinen Fingern totgeblieben sei. Die Leiche habe er dann in seiner Aufregung in den Kleiderkasten gelegt, dann selbst zu einem Freund in der Bülowstraße begeben, wovon er gerade jetzt zurückgekommen sein wollte. Das Mädchen wurde später als die am 20. Mai 1893 in Wera geborene Prostituierte Erna Spindler, die in Charlottenburg wohnhaft war, festgestellt.

Der bestohlene Goldhammer. In Barrovo bei Höhenfalka wurden dem Fleißermeister Domilewitsch von Einbrechern 13 000 Mark, darunter 1800 Mark in Gold, gestohlen.

Eisenbahnunglück in Westfalen. Amlich wird aus Hannover gemeldet: In der Nacht zum 15. September fuhr auf dem Bahnhof Borchelm ein Güterzug bei der Ausfahrt einem im Nachbargelände haltenden, zu weit vorgefahrenen Güterzug in die Flanke. Bei dem Unfall wurde der Padmeister des Güterzuges und ein Schaffner getötet, ein Schaffner wurde schwer und eine Hilfschaffnerin leicht verletzt. Der Materialschaden ist nicht sehr hoch. Es entgleisten eine Lokomotive und sechs Wagen.

Eisenbahnunglück auf der Hunsrückbahn. Auf der Hunsrückbahn Boppard-Simmern fuhr eine Lokomotive auf einen Personenzug auf. Sieben Personen wurden schwer, mehrere leicht verletzt.

Infolge Zusammenstoßens zweier Güterzüge wurden in Borgo San Domino (Italien) acht Personen getötet und 28 verwundet.

Briefkasten.

Zwei Streitecke. 1 □ Rute = 21,6 Quadratmeter, 10 □ Ruten sind also 216 Quadratmeter. Es ist zu beachten, daß sich die Berechnung des Ausschusses für Kriegshilfe auf eine mit Spätkartoffeln beplante Fläche von 200 Quadratmetern erstreckt. Der also 10 □ Ruten Land hat, dürfte, da er doch in der Mehrzahl der Fälle aus Gemüsen und Frühkartoffeln gebaut hat, weniger als 200 Quadratmeter mit Spätkartoffeln bepflanzt haben.